

bundessparte
**industrie
aktuell**

wissenschaftliches institut

2015 1



Sigi Menz

Reformmaßnahmen gegen
die Stagnation

Leistungsbericht

der Bundessparte Industrie

Industriekonjunktur aktuell

Im Überblick und nach Branchen

Bundessparte Industrie (BSI)

Die **Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich** vertritt mit ihren Fachverbänden die Interessen von rund 4.000 Mitgliedsunternehmen, die schwerpunktmäßig der Industrie zuzuordnen sind. In der österreichischen Industrie sind rund 400.000 Personen beschäftigt.

Die Bundessparte Industrie ist nicht nur für eine aktive Mitgestaltung der österreichischen Industriepolitik zuständig, sondern auch für die Koordination und die inhaltliche Artikulierung aller industrierelevanten Interessen vor allem in der Kollektivvertragspolitik, im Umwelt- und Energiebereich, in der Forschungs- und Technologiepolitik sowie in der Infrastrukturentwicklung.

Industriewissenschaftliche Institut (IWI)

Das **Industriewissenschaftliche Institut (IWI)** setzt einen markanten industrieökonomischen Forschungsschwerpunkt in Österreichs Institutslandschaft. Seit 1986 steht das Institut für die qualitativ anspruchsvolle Verschränkung zwischen Theorie und Praxis.

Das intensive Zusammenspiel unterschiedlicher Forschungsbereiche dient dazu, Produktionsstrukturen systemorientiert zu analysieren und darauf aufbauend zukunftsweisende wirtschaftspolitische Konzepte zu entwickeln. Besondere Schwerpunkte finden sich in der Analyse langfristiger makroökonomischer Entwicklungstendenzen sowie in der Untersuchung industrieller Netzwerke (Clusteranalysen).



Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien

Telefon: 05 90 900-3460

Telefax: 05 90 900-113417

Internet: <http://wko.at/industrie>, E-Mail: bsi@wko.at

Präsidium	Obmann	Mag. Siegfried Menz	Ottakringer Getränke AG
	Stellvertreter	KommR Veit Schmid-Schmidfelden Vizepräs. KommR DI Dr. Clemens Malina-Altzinger	Rupert Fertinger GmbH Reform-Werke Bauer & Co. Ges.m.b.H.
	kooptiert	Günter Dörflinger, MBA Dr. Paul Rübiger	Christof Holding AG Rübiger GmbH & Co KG
Geschäftsführer		Dr. Manfred Engelmann	



Industriewissenschaftliches Institut

Mittersteig 10/4, 1050 Wien

Telefon: 513 44 11-0

Telefax: 513 44 11-2099

Internet: <http://www.iwi.ac.at>, E-Mail: office@iwi.ac.at

Vorstand	Vorsitzender	Hon.Prof. Dr. Wilfried Stadler	Wirtschaftsuniversität Wien
	Stellvertreter	Gen.Sekr. Mag. Anna Maria Hochhauser Gen.Sekr. Mag. Christoph Neumayer	Wirtschaftskammer Österreich Vereinigung der Österreichischen Industrie
		Mag. Markus Beyrer Dr. Wolfgang Damianisch Mag. Christian Domany Dr. Manfred Engelmann Dr. Erhard Fürst DI Dr. Manfred Matzinger-Leopold DDr. Herwig W. Schneider	Business Europe Unternehmensberater Wirtschaftskammer Österreich Münze Österreich AG Industriewissenschaftliches Institut
Kuratorium	Vorsitzender	KommR Veit Schmid-Schmidfelden	Rupert Fertinger GmbH
	Stellvertreter	Prof. Herbert Krejci Dir. Mag. Dr. Johannes Turner	Österreichische Gesellschaft für Europapolitik Oesterreichische Nationalbank
Geschäftsführer		DDr. Herwig W. Schneider	
Wissenschaftlicher Leiter		Univ.Prof. DI Dr. Mikuláš Luptáčík	

industrie aktuell

inhalt

Manfred Engelmann 2
Schwarz auf weiß

Sigi Menz 3
Reformmaßnahmen gegen die Stagnation

Leistungsbericht 2014

**Christoph Kainz, Johann Markl,
Andreas Mörk** 5
Arbeitgeberpolitik

Hagen Pleile 9
Recht und Infrastruktur

**Andrea Bärenthaler, André Buchegger,
Richard Guhsl** 12
Umwelt- und Energiepolitik

Michael Renelt 19
Wirtschafts- und Forschungspolitik

Industriekonjunktur

Herwig W. Schneider 23
Die internationale Konjunktorentwicklung

Manfred Engelmann 26
Industriekonjunktur 2014:
Produktion und Auftragslage
anhaltend rückläufig

Industriekonjunktur nach Branchen

Branchenübersicht 28
Gesamtindustrie 29
Bergwerke und Stahl 29
Stein- und keramische
Industrie 30
Glasindustrie 30
Chemische Industrie 31
Papierindustrie 31
PROPAK - Industrielle Hersteller von
Produkten aus Papier und Karton 32
Bauindustrie 32
Holzindustrie 33
Lebensmittelindustrie 33
Textil-, Bekleidungs-, Schuh-
und Lederindustrie 34
Gießereiindustrie 34
NE-Metallindustrie 35
Fahrzeugindustrie 35
Maschinen & Metallwaren 36
Elektro- und
Elektronikindustrie 36

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber Unternehmens- gegenstand	Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at, ZVR-Zahl: 247058831
Vorstand	Wirtschaftsforschungsinstitut Vorsitzender: Hon.Prof. Dr. Wilfried Stadler; Stellvertreter: Gen.Sekr. Mag. Anna Maria Hochhauser, Gen.Sekr. Mag. Christoph Neumayer; Mitglieder: Mag. Markus Beyrer, Dr. Wolfgang Damianisch, Mag. Christian Domany, Dr. Manfred Engelmann, Dr. Erhard Fürst, DI Dr. Manfred Matzinger-Leopold, DDr. Herwig W. Schneider
Geschäftsführer	DDr. Herwig W. Schneider
Blattlinie	Fachzeitschrift für Entscheidungsträger in der Wirtschaft

Impressum

Herausgeber	Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at Wirtschaftskammer Österreich Bundessparte Industrie, A-1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63, Tel.: +43 (0)5 90 900 3417, E-Mail bsi@wko.at
Medieninhaber	Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4
Redaktion	Christoph Hartmann (Chefredakteur), Michael Renelt
Satz und Layout	CMS Vesely GmbH, A-2100 Korneuburg
Autoren	Andrea Bärenthaler, André Buchegger, Manfred Engelmann, Richard Guhsl, Christoph Kainz, Johann Markl, Sigi Menz, Andreas Mörk, Hagen Pleile, Michael Renelt, Herwig W. Schneider Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Autors wieder.
Auskunft und Bestellung	Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at
Druck	AV+Astoria Druckzentrum GmbH, A-1030 Wien
Erscheinung	Vierteljährlich
ISSN	1023-8387



Manfred Engelmann

Schwarz auf weiß

Seit wenigen Tagen liegen die Wirtschaftsdaten für das Jahr 2014 vor. Sie bestätigen schwarz auf weiß, dass die wirtschaftliche Lage Österreichs wenig Anlass zur Zufriedenheit bietet.

Die **österreichische Wirtschaftsleistung** ist zwar auch im Jahr 2014 gewachsen, aber nur mit einem Drittel der - ohnedies geringen - Geschwindigkeit des gesamten Euroraums und weniger als einem Viertel des Wachstums der Gesamtheit der Länder der Europäischen Union. Das schwache Wirtschaftswachstum ist keine Überraschung, haben doch Rekordstände bei der Abgabenquote die Inlandsnachfrage massiv behindert und die ungünstige Kostenentwicklung in Österreich die internationale Konkurrenzfähigkeit geschwächt: Der Exportzuwachs konnte im Jahr 2014 gerade noch mit der Erhöhung des Verbraucherpreisindex mithalten und hat leider den engen Konnex zur deutschen Entwicklung verloren.

Noch immer liegt Österreich im europäischen Vergleich recht gut hinsichtlich der **Beschäftigungslage**. Allerdings fällt auch hier die relative Verschlechterung auf: Vor Ausbruch der Krise (d. h. im Jahr 2008) lag die Arbeitslosenquote in Deutschland etwa doppelt so hoch wie in Österreich, im Jahr 2014 hat Deutschland eine gleich hohe Arbeitslosenquote wie Österreich. An die europäischen Spitze gesetzt hat sich Österreich bei der **Inflationsrate**, nicht zuletzt „dank“ eines überbordenden Anstiegs der administrierten Preise und öffentlichen Gebühren. Besonders schmerzhaft ist für die Industrie, dass sie diese Preiserhöhungen nicht nur in ihren unmittelbaren Ausgaben zu spüren bekommt, sondern über höhere Lohnabschlüsse auch noch ein zweites Mal dafür zahlen muss. Und damit an Konkurrenzfähigkeit verliert.

Trotz hoher Abgabenquoten und überdurchschnittlich wachsender administrierter Preise und öffentlicher Gebühren schafft es der Staat weiterhin nicht mit den Einnahmen auszukommen. Der öffentliche **Schuldenstand** ist auf mittlerweile rund 85% des BIP geklettert, und Österreich hat bei zwei der drei international bedeutendsten Ratingagenturen sein Top-Rating verloren. Im derzeitigen Marktumfeld extrem niedriger Zinssätze mag dies von geringerer Bedeutung sein, aber mittelfristig wird dies die öffentliche Schuldenlast verteuern und auch die Finanzierung der Unternehmen in Österreich erschweren.

Trotz enormer Anstrengungen kann sich die **österreichische Industrie** weder vom schwierigen gesamt-europäischen Umfeld positiv differenzieren, noch sich über die äußerst unbefriedigende Entwicklung der österreichischen Rahmenbedingungen hinwegsetzen: Die Industrieproduktion in Österreich lag im Jahr 2014 - preisbereinigt - etwa auf dem Niveau der Jahre 2006 und 2007. Mit anderen Worten, die Industrie hat ein dreiviertel Jahrzehnt Stagnation hinter sich. Dieser Stagnation in der Nachfrage steht ein konstant gestiegener Druck durch Umwelt- und Energieauflagen ebenso gegenüber wie überdurchschnittliche Steigerungen der Arbeitskosten ohne entsprechende Zugeständnisse hinsichtlich eines flexibleren Einsatzes von Arbeitskräften.

Für die Industrie war es daher eine Überlebensfrage, im Zuge der jüngsten Steuerreform nicht noch weiter mit Belastungen überhäuft zu werden. Die Bundessparte Industrie konnte - wie auch bei einigen Gesetzesvorhaben im Jahr 2014 - eine Vielzahl der **weiteren Standortverschlechterungen abwehren**. Mehr als dringlich ist aber, dass es der Industrie endlich wieder gelingt seitens der Politik und in der medialen Öffentlichkeit als Motor von Wertschöpfung, Einkommen und Beschäftigung anerkannt zu werden. Denn nur in einem grundlegend **industriefreundlichen Klima** lassen sich die großen Herausforderungen der Gegenwart und der kommenden Jahre wirksam und zukunftsorientiert bewältigen.

Dr. Manfred Engelmann ist Geschäftsführer der Bundessparte Industrie und Mitherausgeber von „industrie aktuell“.

Sigi Menz



Reformmaßnahmen gegen die Stagnation

Um geringfügige 0,3 % hat sich im vergangenen Jahr die österreichische Wirtschaftsleistung erhöht. Somit war 2014 das dritte Jahr in Folge mit einer Wachstumsrate, die eine Null vor dem Komma ausweist. Österreich ist im Vorjahr hinsichtlich Wirtschaftswachstum (aber auch anderer Wirtschaftsdaten) hinter den ohnehin schwachen europäischen Durchschnitt zurückgefallen. Ein alarmierendes Zeichen für den Wirtschaftsstandort Österreich, das allerdings vorhersehbar war.

Überdurchschnittliche Wachstumsraten sind nur möglich, wenn in einem Land konkurrenzfähige Standortbedingungen gegeben sind. Die Industrie kann aufgrund ihrer starken internationalen Ausrichtung Veränderungen in der Standortqualität besonders früh und besonders deutlich erkennen. Und musste in den letzten Jahren leider miterleben, dass infolge einer ausgeprägten Reformunwilligkeit der Standort Österreich von einem erst schleichenden, aber dann immer stärker spürbaren Qualitätsverlust betroffen ist.

Seit Jahren hat die Bundessparte Industrie vor der Verschlechterung der Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Tätigkeit in Österreich gewarnt. Im Vorfeld der Nationalratswahlen 2013 wurde das **Grundsatzpapier „Strategie 2018“** vorgelegt, das wichtige industriepolitische Weichenstellungen aufzeigt, um die künftige Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und vor allem der österreichischen Industrie - als Trägerin von Wertschöpfung und Wohlstand - sicherzustellen.

Der vorliegende Jahresbericht der Bundessparte Industrie dokumentiert, dass im abgelaufenen Jahr - dem ersten der neuen Legislaturperiode - die von der Industrie eingemahnten **Reformen ausgeblieben** sind. Mitunter sind die Stolpersteine und Hürden für Wirtschaftstreibende noch höher geworden. Und sehr oft konnte nur durch die Wachsamkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundessparte Industrie sowie der Industriellenvereinigung und durch politischen Druck verhindert werden, dass der Industrie weitere Mühlsteine um den Hals gelegt werden.

Wenn ich im vorjährigen Jahresbericht blättere und den damals verfassten Leitartikel lese, dann könnte ich diesen heute unverändert wieder verwenden.

Und keinem Politiker würde es wohl auffallen. Ein schmerzlicheres Zeichen für den quälenden politischen Stillstand ist kaum denkbar.

Hier ist nicht der Platz, um die schwere Geburt der sogenannten „**Steuerreform**“ zu kommentieren. Auch bei ihr mussten mit großer Mühe die ärgsten Giftzähne gezogen werden, von einer kühnen Zukunftsorientierung ist keine Spur zu sehen. Die größte Gefahr besteht freilich darin, dass die „Steuerreform“ nicht der **Beginn eines ernsthaften Reformprozesses** ist, sondern schon den Höhepunkt der Schaffenskraft einer ermatteten Bundesregierung darstellt.

Dreh- und Angelpunkt eines Reformprozesses muss zum einen das Thema der Staatsreform sein, zum anderen die Innovationspolitik.

Ein Staat, der fast die Hälfte der Wirtschaftsleistung als Steuern und Abgaben für sich beansprucht, wird das Wachstum von Wertschöpfung, Einkommen, Beschäftigung und letztlich auch jenes der Steuerleistung auf lange Sicht entscheidend dämpfen. Dass Österreich zudem trotz hoher Abgabenquote einen rapide wachsenden Schuldenberg ausweist, erhöht die **Dringlichkeit der Staatsreform** noch mehr.

In einem ersten Schritt müsste kritisch überprüft werden, welche öffentlichen Aufgaben verzichtbar sind. Dann würde automatisch die für die Industrie erdrückende Regelungswut - die in diesem Jahresbericht wieder vielfach aufgezeigt wird - ein Ende finden und gleichzeitig das Ausgabenwachstum der öffentlichen Hand begrenzt. Natürlich sind auch Maßnahmen zur Effizienzsteigerung der öffentlichen Verwaltung und die Beseitigung von Doppel- und Mehrfachstrukturen wichtig; erstes Ziel sollte aber die **Durchforstung der Aufgaben** sein.

Die Staatsreform entspricht der internen Reorganisation des „Unternehmens Österreich“. Die offensive Marktbearbeitung und die Sicherung der Erfordernisse der Zukunft erfolgen über die Schiene der Innovationspolitik, reichend von der Basisbildung bis zur High-Tech-Förderung.

Mir ist vor kurzer Zeit der aktuelle **Bloomberg Innovation Index** in die Hände gefallen: „The best antidote

to stagnation is innovation“, wird im Begleittext ein Investor zitiert. Und er hat recht, dass Innovation ein Mittel gegen Stagnation ist. Wenn man weiter blättert und Österreich nur auf dem 17. Rang des Index findet, so ist dies zu dürftig, denn mit einem Platz im Mittelfeld werden wir unseren Spitzenrang bei Einkommen und Lebensqualität nicht halten können.

Interessant sind die Details des Bloomberg Innovation Index: In einer Kategorie schafft es Österreich doch tatsächlich, unter die **fünf globalen Innovationsführer** zu kommen: im Teilsegment „Industrie“. Hier wird die Wertschöpfung in einzelnen Schlüsselindustrien gemessen und die österreichische Industrie hat hier (u.a. zusammen mit der Schweiz und Deutschland) einen der Spitzenplätze. Hingegen schafft es Österreich im Bildungsbereich nicht einmal in die obere Hälfte der insgesamt 50 verglichenen Volkswirtschaften.

Nicht nur der Bloomberg Innovation Index zeigt: Österreichs Industrie ist besser als der Standort Österreich. Das ist durchaus auch ein Kompliment für die Industrie. Aber es kann nicht gut gehen, wenn der Abstand zur gesamten Landessituation zu groß wird. Ohne entsprechend ausgebildete Nachwuchskräfte, als Resultat eines sinnvoll konzipierten Aus- und Weiterbildungssystems, kann die Industrie langfristig ebenso wenig erfolgreich sein, wie unter der Dauerbelastung überbordender Regelungen im Umweltbereich oder dem Korsett zu restriktiver Regelungen im Arbeitsrecht.

Ich möchte drei Themen herausheben, die mir besonders am Herzen liegen:

- Wir haben noch immer keine spürbaren Fortschritte hinsichtlich der Flexibilisierung der Arbeitszeit erzielt. Es kann ja nicht der Weisheit letzter Schluss

sein, dass man über ein Thema, das für das Überleben der Produktion (und damit gut bezahlter Industriearbeitsplätze) am Standort Österreich essentiell ist, nicht einmal vernünftig reden kann - und damit einer Verbesserung der Situation nicht näher kommt.

- Die konkrete Umsetzung einer Lohnnebenkostensenkung, die auch diese Bezeichnung verdient, um den Arbeitskostenanstieg zu dämpfen.
- Eine grundlegende Reform der Grundschulausbildung, die auf vernünftige Mindeststandards aufbaut und wieder mehr Wert auf naturwissenschaftliche Fähigkeiten legt.

Österreich ist im vergangenen Jahr wirtschaftlich nicht vom Fleck gekommen und auch die in vielen Bereichen fälligen Reformen haben nicht stattgefunden. Wir müssen tatsächlich aufpassen, dass sich die wirtschaftliche und geistige Stagnation nicht so weit verfestigt, dass eine langfristige Rückkehr auf den Wachstumspfad verhindert wird.

Ich bin überzeugt, dass man gar nicht gebannt auf die Auswirkungen eines Grexit, der Russlandsanktionen oder sonstiger externer Begebenheiten starren müsste, wenn wir in Österreich die Themen Staatsreform sowie Innovationspolitik ernst nehmen und an die Spitze der politischen Agenda stellen würden. Dann stellte sich auch jenes Wachstum wieder ein, das wir seit Jahren vermissen.

Sigi Menz ist Obmann der Bundessparte Industrie und Chef des Ottakringer Getränkekonzerns.



Christoph Kainz
Johann Markl
Andreas Mörk

Arbeitgeberpolitik

Die Arbeitgeberabteilung der Bundessparte Industrie begleitet die Fachverbände bei der Vorbereitung, Abwicklung und Endausfertigung der Kollektivverträge und deren Verhandlung. Auch im abgelaufenen Jahr konnten dadurch die Fachverbände bei den häufig nächtelangen Verhandlungen effizient unterstützt werden.

Die Kollektivvertragsverhandlungen waren bereits im Frühjahr 2014 geprägt durch die abflauende Konjunktur sowie fallende Verbraucherpreise. Im Herbst setzte sich dieser Trend unverändert fort und führte zu den seit der Wirtschaftskrise niedrigsten Abschlüssen im Metallbereich.

Mittlerweile bereits im dritten Jahr wurden die Kollektivvertragsverhandlungen der sechs Fachverbände der Metallindustrie getrennt geführt. Wie schon in den letzten beiden Jahren konnte sich die **Maschinen- und Metallwarenindustrie (FMMI)** als erster Fachverband mit den Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp auf einen Kollektivvertragsabschluss einigen:

1. Die **IST-Löhne- und -gehälter** werden um **2,1 %** angehoben.
2. Die **Kollektivvertragstabellen** sowie die **Lehrlingsentschädigungen** werden ebenfalls um 2,1 % angehoben.
3. Die **Zulagen** und **Aufwandsentschädigungen** werden um 1,7 % erhöht.

Der FMMI hatte sich mit den Gewerkschaften beim letztjährigen Abschluss darauf geeinigt, intensive **Arbeitszeitgespräche** zur Verbesserung der Flexibilisierungsmöglichkeiten zu führen. Da es bis zum Beginn der neuen Lohnrunde jedoch in dieser Frage zu keiner Einigung kam und die konjunkturelle Situation schwierige Verhandlungen erwarten ließ, wurde das Thema Arbeitszeitflexibilisierung aus den KV-Verhandlungen ausgeklammert.

Die KV-Verhandlungen standen im Schatten der wirtschaftlichen Stagnation, die heuer bereits das zweite Jahr hintereinander das Wirtschaftsklima negativ prägt. Die Mehrzahl der verhandelnden Fachverbände leiden unter sinkenden Umsätzen und einem Rückgang bei den Auftragseingängen. Auch die Beschäftigung ist

überwiegend rückläufig. Besonders belastend ist in dieser Situation die Entwicklung der österreichischen Inflationsrate: Während bei den wichtigsten Handelspartnern in Europa die Inflationsrate deutlich unter einem Prozent liegt (Deutschland 0,8 %, Italien - 0,1 %, EU-Durchschnitt 0,5 %; Werte jeweils für August 2014), liegen die heimischen Werte konstant bei bzw. über 1,5 %. Aus diesem Grund betonte der FMMI, dass eine alleinige Orientierung an der heimischen Inflationsrate zu einer weiteren Verschlechterung unserer Arbeitskosten im Verhältnis zu den wichtigsten Handelspartnern führen würde. Eine Berücksichtigung der internationalen Entwicklung sei daher unumgänglich.

In der vierten Verhandlungsrunde konnten sich die Verhandlungsleiter des FMMI in den frühen Morgenstunden des 29. Oktober 2014 - nach 12-stündigen Verhandlungen - auf obigen Abschluss einigen. Die von den Gewerkschaften geforderte **Freizeitoption** wurde abgelehnt, da es sich um ein Arbeitszeitthema handelt, welches für den FMMI im Zusammenhang mit den offenen Verhandlungen zu diesem Bereich steht. Die Freizeitoption ermöglicht eine Umwandlung der Lohn-erhöhung in einen jährlich entstehenden zusätzlichen Freizeitananspruch. Voraussetzung ist der Abschluss einer Rahmenbetriebsvereinbarung, der die Umsetzung im Betrieb regelt, sowie Einzelvereinbarungen mit Mitarbeitern, die eine derartige Umwandlung wollen und bei denen der Arbeitgeber dieser Umwandlung zustimmt. Es besteht weder auf den Abschluss der Betriebsvereinbarung noch auf die Einzelvereinbarung ein Rechtsanspruch einer Vertragspartei.

Bei den Verhandlungen der Fachverbände **Fahrzeugindustrie** und **Gießereiindustrie** (beide 31.10.), **Bergbau/Stahl** (3.11.) sowie **NE-Metall** und **Gas/Wärme** (5.11.) einigte man sich auf dieselben Prozentsätze wie beim Abschluss des FMMI. Darüber hinaus schlossen die Fachverbände **Fahrzeugindustrie** und **Bergbau/Stahl** in ihren Verhandlungen die **Freizeitoption** ab. Man einigte man sich in beiden Fachverbänden auf eine Umrechnung des Lohnabschlusses auf **38,5 Stunden pro Jahr** zusätzlicher Freizeit.

Die Details der Abschlüsse wurden an die Mitgliedsfirmen übermittelt.

FV/ Abschlussdatum	Arbeiter	Angestellte	KV- Zulagen	Aufwands- entsch.	inner- betriebl. Zulagen	LE	Sonstige Vereinbarung
	KV/IST	KV/IST					
FMMI 29.10.2014	2,1 %	2,1 %	1,7 %	1,7 %	1,7 %	2,1 %	
NE-Metall 5.11.2014	ident wie FMMI						
Fahrzeug 31.10.2014	ident wie FMMI						*
Gas/Wärme 5.11.2014	ident wie FMMI						
Bergwerke/Stahl 3.11.2014	ident wie FMMI						*
Gießerei 31.10.2014	ident wie FMMI						

*** Freizeitoption**

Optionale Umwandlung der Lohnerhöhung in Freizeit. Voraussetzung ist eine Rahmenbetriebsvereinbarung sowie eine Einzelvereinbarung mit interessierten Mitarbeitern. Für diese wird ab dem Zeitpunkt der Umwandlung (Frist bis 30.6.2015) der Lohn oder Gehalt um den Eurobetrag der Erhöhung vom 1.11.2014 reduziert. Stattdessen entsteht ab diesem Zeitpunkt monatlich ein Freizeitananspruch im Ausmaß von 3 Stunden 13 Minuten.

Im Folgenden ein **Überblick über die KV Abschlüsse** der größten Industriebranchen:

Textilindustrie

Arbeiter und Angestellte
IST: 2,25 % (mind. 42 Euro/Monat), KV: 2,35 %
gültig ab 1.4.2014

Bauindustrie

Arbeiter: KV: 2,2 %, Angestellte: KV: 2,4 %
gültig ab 1.5.2014

Elektro- und Elektronikindustrie

Arbeiter und Angestellte
IST: 2,35 %, KV: 2,5 %
EZ-Option: IST 2,15 % + EZ in Höhe von mind. 8,4 %
des Aprillohnes
Verteilungsoption: IST 2,15 % + 0,4 %, Option „Freizeit
statt Ist-Erhöhung“
gültig ab 1.5.2014

Holzindustrie

Arbeiter: IST: 2,25 %, KV: 2,35 %
Angestellte: IST: 2,3 % (VwGr. I-III), 2,2 % (alle anderen
VwGr), KV: 2,3 %
gültig ab 1.5.2014

Stein/Keramik

Arbeiter: IST: 2,3 %, KV: 2,4 %, gültig ab 1.5.2014
Angestellte: IST: Ø 2,06 %, KV: 2,1 %, gültig ab
1.11.2014

Chemische Industrie

Arbeiter und Angestellte
IST: 2,5 % (mind. 53 Euro), KV: 2,5 %
gültig ab 1.5.2014

Papierindustrie

Arbeiter: IST: 2,45 % (LG 2-6), 2,3 % (LG Spezial u LG
1), mind. 53 Euro, KV: 2,5 %
Angestellte: IST: 2,45 % (VwGr I-III, MI-MII), 2,3 %
(VwGr. IV-VI, MIII), mind. 53 Euro, KV 2,5 %
gültig ab 1.5.2014

Nahrungs- und Genussmittelindustrie

Angestellte: IST: 2,0 %, KV 2,0 %
gültig ab 1.11.2014

**Das novellierte Lohn- und Sozialdum-
pingbekämpfungsgesetz**

Vom Arbeitsrechtspaket des Frühjahrs 2014, das die
Bundesregierung in Erfüllung ihres eigenen Regierungs-
programmes den Sozialpartnern zur Mitverantwortung
übergeben hat, wurde das Thema „Lohn- und Sozi-
aldumpingbekämpfungsgesetz neu“ im Oktober 2014
Gegenstand parlamentarischer Behandlung.

Das politische Vorhaben soll u. a. die **Wettbewerbs-
gleichheit** zwischen Firmen, die im Inland und im
Ausland (aber nach Österreich herein arbeitend)
tätig sind, sicherstellen. Oberste Priorität soll dem
Aspekt der Fairness bei Lohn und Gehalt zukommen
und der zentrale Maßstab wird das kollektivvertragli-
che Entgelt im weiteren Sinn plus der dazugehörigen

Einstufungskriterien innerhalb der jeweiligen Branche sein. Es ist jedoch Vorsicht geboten, da die verwaltungsrechtliche Kontrolle von „Unterentlohnung“ bei im Inland ansässigen Betrieben naheliegender Weise leichter fällt als bei ausländischen Sachverhalten, auch auf österreichischem Boden. Bei allem Bemühen, dem Gleichbehandlungsgebot bestmöglich zu entsprechen - gerade auch beim zentralen Interesse österreichischer Firmen - wird es auf die Umsetzung der Maßnahmen und den damit verbundenen Konsequenzen bei Nichteinsetzung ankommen.

Die seit einigen Jahren existenten Bestimmungen zum Lohndumping und dem gebührenden, angemessenen Grundlohn galten innerhalb der Bundesregierung und bei AK und ÖGB als ineffizient, eine neue Sicht auf die Sachlage mit Fokus auf den kollektivvertraglich gebührenden Entgeltbegriff hat sich erst nach sehr vielen und kontroversiellen Verhandlungsrunden ergeben. Die **Ausweitung der Lohnkontrolle ab 1. Jänner 2015** wird somit einheitlich auf das gesamte Mindestentgelt hin orientiert, das einem in Österreich tätigen Arbeitnehmer durch Gesetz, Verordnung oder Kollektivvertrag zusteht, wobei die Abdeckung durch den Effektivlohn überprüft wird.

Über ausdrückliche Entscheidung der politischen Kreise sind die vorgesehenen Verwaltungsstrafen außergewöhnlich hoch. Somit kommt möglichen Freibeweisen gegenüber der erkennenden Bezirkshauptmannschaft besondere Bedeutung zu. Dies gilt auch unter dem Aspekt der Verwaltungsstrafevidenz und des Vergaberechts.

Strafnachsicht ist vorgesehen bei einer leichten Fahrlässigkeit oder geringen Unterschreitungen und Nachzahlung der Unterentlohnung. Eine geringe Unterschreitung liegt bei bis zu 10 % vor. Das österreichische Mindestentgelt gilt nun bei allen Entsendungen im Inland, außer bei bestimmten kurzfristigen Arbeiten von geringem Umfang, z. B. Besprechungen oder Messebesuchen. Im Gegenzug sind Erleichterungen für die Betriebe bei Arbeitszeitaufzeichnungen und Präventivfachkräften im Arbeitnehmerschutz vorgesehen.

Verordnung über „Persönliche Schutzausrüstung“

Seit vielen Jahrzehnten waren in einzelnen Rechtsakten des technischen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschutzes die Bestimmungen über die „Persönlichen Schutzausrüstungen/PSA“ nicht sehr gut leserlich verstreut. Schon im Jahre 2013 hat das BMASK ein Projekt begonnen, diesen unbefriedigenden Zustand durch eine einheitliche Verordnung zu kodifizieren; eine Tatsache, die von einem positiven Grundtenor der Wirtschaft begleitet war.

Nach vielen Verhandlungen, die sich auch noch in das erste Halbjahr 2014 hineingezogen haben, konnte aufgrund der Beibehaltung des materiellen Verständnisses des Begriffes „Persönliche Schutzausrüstung“ ein Kompromiss gefunden werden, der auch seit 1. Mai 2014 rechtsgültig ist. Weiterhin gilt als Persönliche Schutzausrüstung (PSA) jede Ausrüstung, die dazu bestimmt ist, von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern benutzt oder getragen zu werden, um sich gegen eine Gefahr für ihre Gesundheit oder Sicherheit bei der Arbeit zu schützen. Prinzipiell ist PSA erst dann einzusetzen, wenn alle kollektiven technischen Schutzmaßnahmen und arbeitsorganisatorische Maßnahmen zur Vermeidung von Gefahren ausgeschöpft sind und noch immer Restgefahren bestehen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind verpflichtet, die zur Verfügung gestellte PSA zu benutzen - ein entgegengesetztes Verhalten ist nicht zu dulden.

Die PSA-Verordnung gliedert sich in ein Kapitel von „Allgemeinen Bestimmungen im Rahmen der betrieblichen Gefahrenewaluierung“ und in ein Kapitel über „Besondere Bestimmungen mit genau definierten Schutzobjekten“. Es geht hier vor allem um Fuß- und Beinschutz, Kopf- und Nackenschutz, Augen- und Gesichtsschutz und Gehörschutz. Auch für allenfalls exponierte Haut ist eine Vorkehrung getroffen.

Infolge der in diesem Zusammenhang immer wieder stark hervortretenden individuellen Merkmale von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die PSA-pflichtige Arbeit verrichten, konnte die Wirtschaftsseite sowohl auf der Fachebene als auch in hochrangigen politischen Gesprächen erreichen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer allenfalls vorhandene ganz persönliche gesundheitliche Erfordernisse bei der firmenseitigen Beschaffung und Anpassung von PSA nachweisen müssen. Eine vergleichbar normierte Mitwirkungspflicht seitens der Beschäftigten in so konkreter Form hat es im Bereich des Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschutzes seit vielen Jahren nicht mehr gegeben.

Die neue PSA berührt nicht die tägliche „gewöhnliche“ Arbeitskleidung und ist auf den Anwendungsbereich in der Arbeitswelt beschränkt. Wer also als Arbeitgeber für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter „Persönliche Schutzausrüstung“ erwirbt, die nach den geltenden Rechtsvorschriften gekennzeichnet ist, kann mit Sicherheit davon ausgehen, dass diese PSA den geltenden Sicherheits- und Gesundheitsanforderungen entspricht. Auf europäischer Ebene bereitet nämlich die EU zur Zeit ein eigenes Projekt vor, das sich mit der „Vorstufe“ zur tatsächlich im Betrieb eingesetzten PSA beschäftigt, nämlich den Erzeugungsvorschriften und den Regeln über das In-Verkehr-Bringen.

Aktuelle Fragen der Bildungspolitik

Auf Basis des im Dezember 2013 beschlossenen Regierungsprogrammes 2013 - 2018 erfolgten im abgelaufenen Jahr die ersten Umsetzungsmaßnahmen in den Bereichen Schule, Lehre und Jugendbeschäftigung.

So wurde auch ein erster Bericht der Lehrlingsstellen an das BMWFW zur „**Qualitätssicherung in der betrieblichen Lehrlingsausbildung**“ fällig. Kernstück dabei ist die Evaluierung der Antritts- und Erfolgsquoten bei Lehrabschlussprüfungen. Die Quote der Lehrabbrecher liegt österreichweit bei 12,8 % und die Erfolgsquote bei Lehrabschlussprüfungen bei 90,2 %. Die Ergebnisse variieren naturgemäß nach Lehrberuf und Branche bzw. Sparte; für die Industrie sind die Zahlen äußerst positiv (4,6 % Lehrabbrecher und 95,4 % LAP-Erfolg).

Im Rahmen der Hochschulentwicklung soll der Fachhochschulsektor weiter ausgebaut werden. Ein vom BMWFW erarbeiteter „**FH-Entwicklungs- und Finanzierungsplan**“ sieht bis 2018 eine Steigerung der Studienplätze auf fast 50.000 vor. Eine Evaluierung der Studienjahre 2010 - 2013 ergab, dass nahezu alle Ziele des seinerzeitigen Planes erfüllt wurden; insbesondere die Steigerung der Absolventen in der Fächergruppe Technik/Naturwissenschaften um 20 % und Erweiterung der berufsbegleitenden Angebote um 30 %.

Unter großer medialer Aufmerksamkeit stellt die Industriellenvereinigung (IV) im November ihre Überle-

gungen zur künftigen Gestaltung der Pflichtschule vor. „**Bildung neu denken**“ steht für eine Bildungspflicht von 5 bis 14 Jahren und Abschluss einer Mittleren Reife.

Inhaltliche Schwerpunkte sind Kulturtechniken, Allgemeinbildung und Fachkenntnisse sowie Ausbildungs- und Berufswegorientierung; dies alles organisiert in einem neuen Schulträgerschaftsmodell mit umfassender Autonomie jedes Standortes.

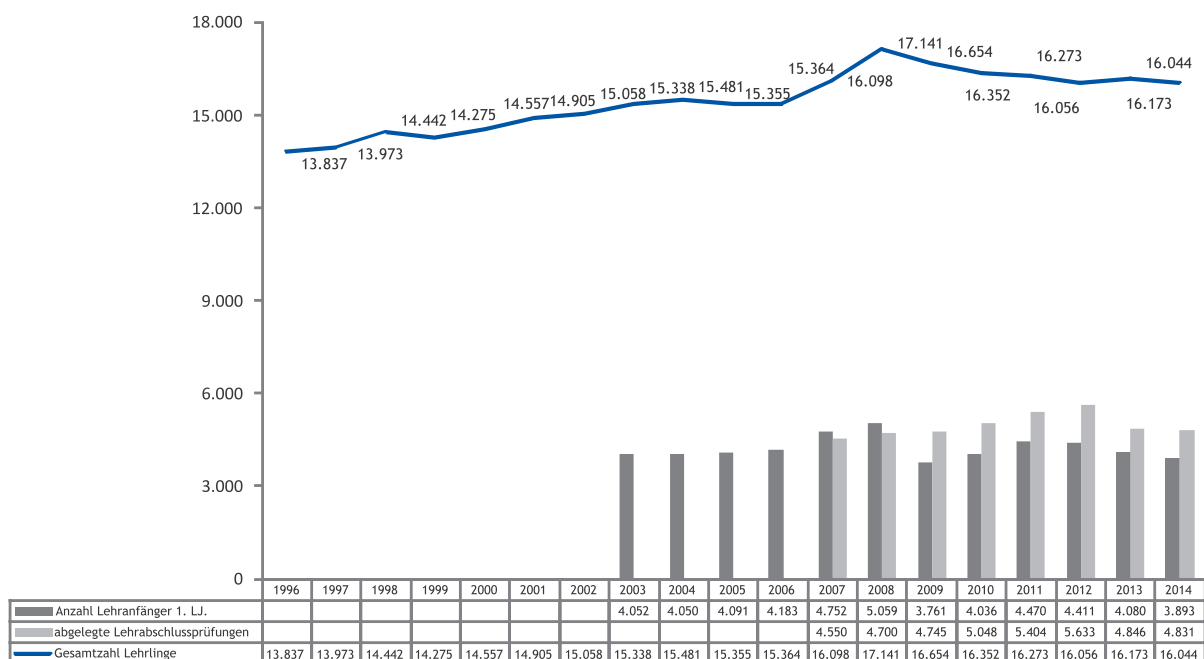
Das Bundesministerium für Bildung und Frauen plant für die Jahre 2015 und 2016 eine generelle **Neuerordnung aller Berufsschul-Rahmen-Lehrpläne in kompetenzorientierter Formulierung**. Im abgelaufenen Jahr wurden daher Lehrplanverhandlungen in nahezu allen wichtigen Ausbildungsbranchen geführt.

Im Bundesberufsausbildungsbeirat wurden **zahlreiche Lehrberufsprojekte für ein umfassendes Lehrberufspaket 2015** erarbeitet und sozialpartnerschaftlich verhandelt. Nach einer Verzögerung von ca. drei Jahren - aufgrund unklarer Formulierungen zu Qualitätsfragen der betrieblichen Lehrlingsausbildung - wird es einige wichtige neue Lehrberufe ab Mitte 2015 geben.

Industriellehre

Die **Lehrlingsstatistik der WKÖ** zum Stichtag 31 Dezember 2014 weist eine Gesamtzahl von 115.068 Lehrlingen auf, was eine Abnahme gegenüber dem Vorjahr um 4,6 % bedeutet (diese Zahl beinhaltet auch

Entwicklung der Zahl der Industriellehrlinge 1996 bis 2014



die 9.207 Personen in überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen/ÜBA). Die Zahl der Lehranfänger im ersten Lehrjahr ist österreichweit um 5,8 % gesunken. Der Anteil der 15jährigen, die in eine Lehre eintreten, beträgt aktuell 38,8 % (40,2 % im Vorjahr).

In der Industrie sind mit aktuell 16.044 Lehrlingen um 0,8 % weniger Lehrlinge beschäftigt als ein Jahr zuvor, die Zahl der Lehranfänger im ersten Lehrjahr ist um 187 auf 3.893 gesunken (-4,6 %). Eine genauere Analyse der Daten zeigt aber, dass - so wie bereits in den Vorjahren - vermehrt Jugendliche in höhere Ausbildungsjahre eingestellt werden aufgrund Anrechnung von schulischen Ausbildungen.

Die Zahl der Lehrbetriebe ist auf 1.320 (- 45) gesunken, dagegen ist der Anteil der Industrielehrlinge auf 13,9 % aller in Österreich ausgebildeten Lehrlinge gestiegen.

Im **Zehnjahresvergleich (2005 zu 2014)** ist die Lehlingszahl in der Industrie um ca. 4,5 % gestiegen, während die Gesamtzahl der Lehrlinge in diesem Zeitraum um 13,5 % zurückgegangen ist.

92 % der Industrielehrlinge werden in technisch-handwerklichen bzw. technisch-naturwissenschaftlichen Lehrberufen ausgebildet. Etwa 85 % aller Lehrverträge sind in Lehrberufen, deren Ausbildungsordnung seit 2005 erneuert wurde. Der Mädchenanteil in der Industrielehre stieg im Vergleichszeitraum von 12,3 % auf 15,7 %. Die Mehrheit der Industrielehrlinge (ca. 55 %) wird derzeit in einem Modul-Lehrberuf ausgebildet; dieser Anteil wird sich weiter erhöhen.

Dr. Christoph Kainz, Ing. Johann Markl und Mag. Andreas Mörk sind Mitarbeiter der Bundessparte Industrie.

Hagen Pleile



Recht und Infrastruktur

2014 hat das Referat für Recht und Infrastruktur inhaltlich vor allem Rechtsbereiche wie flächendeckend LKW-Maut, Bundesvergabe-Schwellenwert-VO, Jahresbeitrag und Geschäftsordnungen zum Austrian Standards Institutes und die im Berichtsjahr themenmäßigen Schwerpunkte der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik betreut, begutachtet und über Pressemedien und Direktkontakten mit den jeweiligen Ressorts lobbyiert.

Industrie lehnt flächendeckende LKW-Maut ab

In einzelnen Bundesländern wurden im Jahr 2014 neue Maut-Ideen kommuniziert: Neben dem höherrangigen Straßennetz (Autobahnen und Schnellstraßen) solle auch eine Benützungsabgabe („Maut“) auf dem niederrangigen Straßennetz der Landes- und Gemeindestraßen eingeführt werden. Von der Mautpflicht sollen Fahrzeuge über 3,5 t betroffen sein.

Am 30. September 2014 gab es eine Pressekonferenz mit BSI-Obmann Siegfried Menz und den Obleuten aus den Sparten Transport und Verkehr, Handel und Gewerbe und Handwerk.

Die Industrie lehnt dieses Vorhaben mit folgenden Argumenten ab:

- Das von Befürwortern immer geforderte Verlagern auf die Schiene ist oftmals schlicht nicht möglich.
- Auch die Mautflucht ist durch unzählige Fahrverbote kein Thema mehr - daher gibt es auch keine „Mautflüchtlinge“, die zu sanktionieren wären.
- Eine flächendeckende Lkw-Maut bewirkt nicht weniger Leerfahrten.
- Somit ist eine flächendeckende Lkw-Maut ist keine geeignete Maßnahme zur Reduktion von Umweltbelastung.
- Eine flächendeckende Lkw-Maut ändert nichts an der Abnutzung der Autobahnen.
- Jedes neue System, Betrieb und Kontrolle verursacht Kosten. Verteuerungen sind die Folge.
- Die Folge einer flächendeckenden Lkw-Maut ist eine weitere Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen.

Die Wirtschaftskammer Österreich wird eine Studie veröffentlichen, mit praktischen Beispielen aus der Wirtschaft, die diese Argumente bestätigen werden.

Öffentliche Auftragsvergabe: Verlängerung der Schwellenwerte-Verordnung

Die Schwellenwerte-Verordnung wurde bis zum 31. Dezember 2016 verlängert. Damit können auch weiterhin Aufträge im Bau-, Liefer- und Dienstleistungsbereich bis zu einem Wert von 100.000 Euro (statt 50.000 Euro) direkt an geeignete Unternehmen vergeben werden. Der Schwellenwert für das so genannte nicht-offene Verfahren ohne Bekanntmachung wurde für den Baubereich von 300.000 Euro auf eine Million Euro erhöht. Da öffentliche Auftraggeber einfacher und schneller Aufträge vergeben können, können Firmen leichter, mit geringerem Verwaltungsaufwand und geringeren Kosten, derartige Aufträge erhalten. Aufgrund des geltenden Vergaberechts bedeutet dies insbesondere für KMUs einen wesentlich verbesserten Zugang zu öffentlichen Aufträgen.

Austrian Standards Institute: WKÖ refundiert wie 2014 Jahresbeitrag

Mit 1. Jänner 2014 hat das Austrian Standards Institute (ASI) einen Teilnahmebeitrag für die Mitwirkung an der Normung eingeführt. Dieser hat im Jahr 2014 450 Euro (exkl. USt) betragen, der selbe Betrag wird im Jahr 2015 eingehoben.

Allen Unternehmen, die im eigenen Namen beim ASI mitarbeiten, wird für einen Experten der volle Jahresbeitrag in Höhe von 450 Euro (exkl. USt) von der WKÖ refundiert. Über die genaue Möglichkeit der Antragsstellung informiert die Wirtschaftskammer Österreich auf ihrer Homepage.

Das ASI hat für das Jahr 2016 beschlossen, den Jahresbeitrag auf EUR 800,00 (zzgl. 10% USt.) anzuheben. Bis zu dieser Realisierung sind noch einige politische Vorhaben umzusetzen. 2015 wird die im Herbst 2014 beschlossene Österreichische Normenstrategie in einem neuen Normengesetz umzusetzen sein. Inhalt dieser Novellierung des Normengesetzes wird auch die zukünftige Finanzierung des ASI sein. Neben einer verstärkten Normenkontrolle durch ein konkretes

Aufsichtsrecht im Wirtschaftsministerium wurde eine Neuausrichtung der Finanzstruktur des Normenwesens unter gleichzeitiger Entlastung der Anwender in Aussicht gestellt. Ein weiteres Ziel sollte der kostenlose Zugang zu den durch Gesetze und Verordnungen verbindlich gemachten Normen sein. Die Bundessparte Industrie wird diese Entwicklungen genau verfolgen und ihre Mitglieder am Laufenden halten.

Ab 2015 werden endlich die besten Bauunternehmen beauftragt!

Die für das Frühjahr 2015 geplante, und im Hinblick auf die (im Jahr 2016 vorgesehene) Umsetzung des EU-Richtlinienpakets vorgezogene Novelle des Bundesvergabegesetzes wird einen klaren Schritt in Richtung Qualitätsförderung machen. Auf Wunsch der Wirtschaft soll mit dieser Novelle wieder redliches Wirtschaften im Bausektor ermöglicht werden.

In Diskussion steht das verpflichtende Bestbieterprinzip für Bauaufträge ab einem Wert von einer Million Euro. Diese Wertschwelle erscheint sinnvoll, denn der Aufwand für Bestbieterausschreibungen wird ansteigen, was dazu führt, dass der Aufwand einer Ausschreibung in einem wirtschaftlich vertretbaren Verhältnis zum Wert des Auftrags stehen muss. Das heißt, dass bei den restlichen Ausschreibungen das Bestbieterprinzip möglich, aber nicht verpflichtend sein wird. Will man das Vergabeergebnis nur auf den Preis abstellen,

so sollte man, wie auch beim Zuschlagsteilkriterium Preis im Bestbieterverfahren, die Lebenszykluskosten unbedingt berücksichtigen. Nur den Anschaffungspreis zu betrachten ist zwar einfach, aber nicht zukunftsorientiert. Nur durch die Berücksichtigung dieser beiden Finanzierungselemente Anschaffungs- und Folgekosten kommt man zum wirklich günstigsten Gesamtpreis.

Auftraggeber müssen sich künftig bei Ausschreibungen über die Bestbieterkriterien konkrete Gedanken machen, zum Beispiel: Welche Anforderungen werden vom ausgeschriebenen Produkt erwartet? Werden häufige Wartungs- und Reparaturkosten akzeptiert? Wie ist

Ausblick 2015

Schwerpunkte in diesem Jahr werden die Novellen im Bundesvergabegesetz: Die kleine Novelle im Frühjahr zur Umsetzung des Bestbieterprinzips und die große Novelle für 2016, die Umsetzung der EU-Richtlinie, die wohl gravierende Änderungen mit sich bringen wird – verfahrensrechtlich und inhaltlich.

Im Bereich Justiz sind die Schwerpunktsetzungen der Entbürokratisierung bzw. Deregulierung und der Bekämpfung der Korruption und Wirtschaftskriminalität positiv zu bewerten, wie auch die Neugestaltung im Bereich Strafrecht, indem das Verhältnis der Strafandrohungen zwischen Vermögensdelikten und Delikten gegen Leib und Leben richtig gestellt werden soll. Schon 2014 sollte das Urheberrecht reformiert werden, dabei sollten die Interessen der in Österreich tätigen Unternehmen, der Kunstschaffenden (v. a. elektronischen Medien) und Konsumenten berücksichtigt werden; dies ist nun 2015 zu erwarten.

Die im Jahr 2014 ausgebliebene Schadenersatzrechtsreform und die Reform des Gesellschaftsrechts sind genau zu beobachten, da hier massiv unternehmensfeindliche Änderungen einfließen können. Positiv könnte sich die angekündigte Föderalismusreform auswirken, wenn klare Kompetenzverteilungen zwischen Bund und Ländern umgesetzt werden. Kritisch muss man das Instrument der verstärkten Demokratie betrachten, da dieses Instrument niemals zu Gunsten der Unternehmensinteressen genutzt werden wird und populistische Maßnahmen damit gerechtfertigt werden.

die Kenntnis über die Auswahl auf dem Markt? Lasse ich zur Sicherheit Alternativangebote zu, um den neuesten Stand der Technik zu erhalten, der allenfalls auch in den preislichen Rahmen passt?

Nicht nur die Erstellung von Qualitätskriterien erfordert Zeit, auch die dementsprechende Angebotsstellung der Bieter und die Auswertung der Angebote. Diese Tatsache muss auch in der Novelle mit Fristausdehnungen berücksichtigt werden.

Gegenwärtig wird auch eine Ausdehnung des Bestbieterprinzips auf andere Branchen diskutiert. Vernünftig wäre es, das verpflichtende Bestbieterprinzip vorerst im Bausektor als Pilotprojekt zu belassen, denn vor allem dort ist diese dringliche Änderung erforderlich. Die Erfahrungen in der Anwendung im Bereich Bau werden zeigen, ob das Ziel „Steigerung der Qualität“ hiermit erreicht werden kann. In den anderen Branchen ist die Dringlichkeit zur Verpflichtung zum Bestbieterprinzip nicht gegeben, da in diesen Bereichen bereits das Bestbieterprinzip freiwillig Anwendung findet. Eine gesetzliche Festschreibung von anzuwendenden Bestbieterkriterien ist eine nahezu unlösbare Aufgabe, da jede Branche individuellen wirtschaftlichen und gesetzlichen Voraussetzungen gegenübersteht. Die nationalen Standards bei sozial-, bildungs- und umweltpolitischen Vorschriften sind in Österreich auf Gesetzesebene bereits auf so hohem Standard, dass hier weiteren Verschärfungen eine Absage erteilt werden muss. Österreichische Unternehmen, die auch im internationalen Wettbewerb stehen, dürfen hier nicht benachteiligt werden.

Die Bundessparte Industrie wird sich in diesem Sinne einsetzen und ihre Mitglieder über aktuelle Entwicklungen am Laufenden halten.

ARGE Palettenpool

Die Mitgliederbetreuung erfolgte, wie in den Jahren davon, individuell. Aber auch Anfragen von Nichtmitgliedern, wie etwa Spediteuren und Frächtern, wurden im Jahr 2014 direkt von der Geschäftsstelle beantwortet.

Die Palettencharta wurde Anfang 2014 betreffend der Produzenten- und Reparateureliste aktualisiert. Diese Liste ist weiterhin eine wichtige Grundlage für Käufer von EUR-Tauschpaletten. Durch diese Liste soll der „Schwarzmarkt“ eingedämmt werden, da die in der Liste geführten Hersteller garantiert normgerechte EUR-Tauschpaletten erzeugen. 2014 wurde begonnen die Palettencharta zu novellieren um sie den aktuellen Entwicklungen anzupassen.

Die European Pallet Association e. V. (EPAL) und der Eisenbahnverband UIC haben sich im Herbst 2014, nach

Verhandlungen im Beisein der ARGE Palettenpool, auf die Anerkennung ihrer Paletten vertraglich verständigt. Beide Organisationen werden weitere notwendige Vereinbarungen, im Rahmen der Koordination durch die ARGE Palettenpool, erarbeiten. Der erste Verhandlungserfolg - die Verhandlungen dauerten fast zwei Jahre - wurde im Rahmen einer Pressekonferenz im November 2014 in der WKÖ veröffentlicht. Karl Kern, Obmann der ARGE Palettenpool, Robert Holliger, Präsident EPAL, und für die UIC Thomas Metlich, Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Fragen der Palettierung“, standen bei dieser Pressekonferenz für Fragen der Journalisten zur Verfügung.

Austrian Shipper´s Council (ASC)

Der Austrian Shipper´s Council ist ein Competence Center in der Bundesvereinigung Logistik Österreich (BVL) und Mitglied beim European Shipper´s Council (ESC) in Brüssel. Die Mitgliedfachverbände werden laufend über die Aktivitäten auf europäischer Ebene zu den vielfältigen Themen der verladenden Wirtschaft informiert und die Interessen der österreichischen Verladerschaft werden in den ESC eingebracht.

In der **Öffentlichkeitsarbeit** hat die Bundessparte Industrie die Veranstaltungsreihe „Infrastrukturzyklus“ (Straße, Wasser, Schiene, Luft, Energie) der VÖVW-ASC, gemeinsam mit der Österreichischen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft (ÖVG) und der Bundesvereinigung Logistik Österreich (BVL), wie in den Jahren zuvor, durchgeführt.

- ▣ 2. April 2014: **„Badner Bahn“ - von der Dampftramway zum internationalen Güterverkehr**
VD Mag. Franz Stöger, Wiener Lokalbahnen
- ▣ 21. Mai 2014: **„Der ökonomische (wirtschaftliche!) Fußabdruck des Systems Bahn“**
Ing. Ronald Chodász, GF, Verband der Bahnindustrie
Dr. Christian Helmenstein, Economica Institut für Wirtschaftsforschung
- ▣ 26. November 2014: **„Die europäischen Leitungsnetze für Gas und Strom - Engpässe und Mängel“**
Vorstand DI (FH) Mag. (FH) Martin Graf, MBA, Energie-Control Austria

Für das Jahr 2015 werden unter anderem Veranstaltungen zu den Themen Seehafen Rotterdam, Cargo-center Graz, Bahnhofsoffensive der ÖBB, Hafen Linz sowie Flüssiggas als Treibstoff in der Binnenschifffahrt geplant.

Mag. Hagen Pleile ist Mitarbeiter der Bundessparte Industrie.



Andrea Bärenthaler
André Buchegger
Richard Guhsl

Umwelt- und Energiepolitik

Umwelt- und Energiepolitik wird richtungsweisend auf europäischer Ebene gestaltet. Die österreichische Industrie ist einerseits bemüht hier - rechtzeitig - mit zu gestalten und damit für eine sinnvolle Politik im Interesse des Standorts Europa zu sorgen, andererseits muss die Industrie darauf bedacht sein, dass der oft beachtliche Spielraum bei der Umsetzung europäischer Vorgaben für einen vernünftig administrierbaren und - für in Österreich tätige Unternehmen - wettbewerbsverträglichen Weg genutzt wird.

Bundes-Energieeffizienzgesetz (EEFFG)

Am 9. Juli 2014 wurde das Bundes-Energieeffizienzgesetz im Nationalrat (mit den Stimmen der GRÜNEN) beschlossen.

In die Gestaltung war die WKÖ maßgeblich eingebunden. Viele wesentliche Forderungen der Wirtschaft wurden dabei berücksichtigt. Auch den Kernforderungen der Bundessparte Industrie (Lieferanten wider Willen, Ausgleichsbetrag) wurde zum größten Teil Rechnung getragen. Leider gibt es für die Industrie aber auch negative Punkte - wie zum Beispiel die Lieferantenverpflichtung, Kostenbelastungen durch die verpflichtende Einführung von Energiemanagementsystemen bzw. die Durchführung von Audits oder Einschränkungen bei der Anrechenbarkeit von Öl-Brennwertgeräten - die nicht ausgeräumt werden konnten. Durch die Lieferantenverpflichtung sind Energiepreissteigerungen in allen Sektoren vorprogrammiert.

Die Verunsicherung der gesamten österreichischen Industrie, die durch das Gesetz hervorgerufen wird, ist weiterhin sehr groß. Administration, Anrechenbarkeit und Bewertung von Maßnahmen, Rechtssicherheit und Datenschutz sind nur einige Aspekte, die den Unternehmen erhebliches Kopfzerbrechen bereitet.

Die strengen Verpflichtungen, die sich für Energielieferanten und große Unternehmen ergeben, müssen in enorm kurzer Zeit erfüllt werden. Dies führt zu sehr hohen administrativen und finanziellen Belastungen.

Aus Sicht der Bundessparte Industrie reichen die vorgegebenen Zeitfenster und die derzeit zur Verfügung stehenden Beraterkapazitäten für die Einführung von Managementsystemen bzw. die Durchführung von Audits nicht aus, um alle Verpflichtungen fristgerecht umsetzen zu können. Vor allem aus dem Blickwinkel der Energielieferanten gibt es noch viele Unsicherheiten (Datenschutz, Rechtssicherheit bei der Anrechnung von Maßnahmen, usw.)

Es gibt derzeit auch noch keine Monitoringstelle, die für die Umsetzung des Gesetzes wesentlich ist. In Folge eines Nachprüfungsverfahrens vor dem Bundesverwaltungsgericht wurde am 19. Dezember 2014 die schriftliche Begründung des BMWFW für den Zuschlag im Vergabeprozess als nicht ausreichend den vergaberechtlichen Anforderungen entsprechend angesehen und für nichtig erklärt. Der Zuschlag an die Österreichische Energieagentur wurde somit aufgehoben. Das BMWFW arbeitet mit der Finanzprokuratur an der Neuausschreibung. Interimistisch übernimmt aktuell das BMWFW Aufgaben der Monitoringstelle (z. B. Registrierung für sämtliche Verpflichtete, Bewertung von Maßnahmen).

Der Umsetzungs- und Fristverlauf ist durch die oben genannten Aspekte extrem verzögert, was seitens der Bundessparte Industrie heftig kritisiert wurde und wird.

Es gibt noch immer viele offene Fragen, die in den nächsten Wochen bzw. Monaten zu klären sind. Seitens der Bundessparte Industrie werden wir uns dafür einsetzen, dass die Umsetzung und Auslegung des Gesetzes möglichst im Sinne der Unternehmen erfolgt und dass die finanziellen und administrativen Kosten möglichst gering gehalten werden können.

EU-Klima- und Energiepaket 2030

Am 23. Oktober 2014 kam es beim Europäischen Rat zu grundlegenden Entscheidungen zur künftigen Klima- und Energiepolitik der Europäischen Union. Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten beschlossen die Zielsetzungen des Klima- und Energiepolitischen Rahmens für 2030. Diese Einigung bildet

den Grundstein dafür, dass die EU ihren Beitrag für ein globales Klimaschutzabkommen bis spätestens Mai 2015 vorlegen wird.

Details zur Einigung:

1. Ziel zur Minderung der Treibhausgasemissionen bis 2030

Es wurde festgelegt, dass die Treibhausgasemissionen bis 2030 um **40 %** gegenüber dem Basisjahr 1990 **reduziert** werden. Dies soll mit einem Minderungsziel von 43 % (2005 bis 2030) für jene Sektoren, die dem Emissionshandel unterliegen, einhergehen. Der jährliche, lineare Reduktionsfaktor im Emissionshandelssystem soll dazu auf 2,2 % ab 2021 erhöht werden (derzeit 1,74 %). Die „Non-ETS“-Sektoren (z. B. Verkehr oder Haushalte) müssen bis 2030 30% ihrer CO₂-Emissionen reduzieren.

Die „Carbon Leakage“-Regelung (zur Minderung der Gefahr einer Abwanderung von Betrieben wegen der hohen CO₂-Kostenbelastung) soll auch nach 2020 weitergeführt werden. Es soll weiterhin eine kostenfreie Zuteilung von Zertifikaten an die effizientesten Anlagen geben. Wie die Regelung konkret aussehen wird, ist derzeit noch nicht ganz klar. Kein Bekenntnis gab es jedenfalls für eine fix verankerte 100%-Gratiszuteilung für die effizientesten Anlagen.

Seitens der Bundessparte Industrie muss hier angemerkt werden, dass wir uns vehement gegen weitere klimapolitische Alleingänge der EU aussprechen, die die europäische Wirtschaft einseitig mit Kosten belasten und eine Abwanderung CO₂-intensiver Produktion aus Europa forcieren. Solange es kein internationales Klimaschutzabkommen gibt und eine internationale CO₂-Kostenschiefelage besteht, braucht es zur Standorticherung eine **garantierte Zuteilung von 100 % Gratiszertifikaten** an effizient produzierende energieintensive Betriebe (Schutz vor „Carbon Leakage“).

Kritisch wird auch gesehen, dass aus Solidaritätsgründen, eine neue Reserve geschaffen wird, in die 2 % der zu versteigernden Zertifikate fließen. Diese Mittel erhalten jene Mitgliedsstaaten, deren BIP/Kopf weniger als 60 % des EU-Durchschnitts beträgt (Rumänien und Bulgarien) und in denen hoher Investitionsbedarf im Bereich Energieeffizienz sowie zur Modernisierung der Energiesysteme besteht.

10 % der zu versteigernden Zertifikate werden unter den Mitgliedsstaaten aufgeteilt, in denen das BIP/Kopf

im Jahr 2013 90 % des EU-Durchschnitts nicht überstieg; dies sind vor allem die neuen Mitgliedsstaaten.

Im Bereich der „Non-ETS“-Sektoren ist vorgesehen, den bereits für den 2020 Rahmen festgelegten Indikator BIP/Kopf als Basis für das nationale Ziel heranzuziehen, mit gleichzeitiger Weiterführung des Effort Sharing auf Basis der bestehenden Regelungen. Die Reduktionsverpflichtungen sollen, von Mitgliedsstaat zu Mitgliedsstaat, unterschiedlich von null bis minus 40 % betragen. Die Höhe der Verpflichtung jedes Mitgliedsstaates wurde aber noch nicht festgelegt.

Der Indikator BIP/Kopf, als einziges Kriterium für den „Non-ETS“-Bereich, wird von der Bundessparte Industrie abgelehnt, da durch diese Berechnungsmethode wesentliche Indikatoren, wie etwa schon erreichte und noch vorhandene Treibhausgasreduktionspotentiale, geografische und demografische Gegebenheiten, vernachlässigt werden. Darüber hinaus sollte im Sinne der europäischen Solidarität in Bezug auf das Effort-Sharing ein innereuropäisches Level Playing Field geschaffen werden, in dem jeder Mitgliedsstaat einen fairen Beitrag (z. B. durch Anerkennung von schon erreichten THG-Reduktionspotentialen) leistet.

2. Ziel für den Anteil der Erneuerbaren Energien bis 2030

Bis 2030 soll der **Anteil der Erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch** der Europäischen Union **27 %** betragen. Dieses Ziel ist zwar für die EU verbindlich, es sind aber keine nationalen Ziele geplant, denn laut EU muss Flexibilität für die Mitgliedsstaaten bei der Umstellung auf Erneuerbare Energien gewährleistet werden.

Dieses Ziel wird grundsätzlich von der Bundessparte Industrie unterstützt. Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien muss aber auf eine sinnvolle und kosteneffiziente Einbettung in das Gesamtsystem geachtet werden. Die Förderregime sind zu harmonisieren (z. B. EU-weit einheitliche Investitionsförderungen). Als wichtige Voraussetzung für den Ausbau von Erneuerbaren Energien wird von der Bundessparte Industrie auch der Ausbau der Leitungsinfrastruktur gefordert.

3. Ziel für die Steigerung der Energieeffizienz bis 2030

Lange wurde über ein 2030-Ziel zur Steigerung der Energieeffizienz diskutiert. Schlussendlich einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf ein EU-weit

indikatives Ziel von **27 %** bis 2030 (Anpassungsoption im Jahr 2020 auf 30 %).

Natürlich ist die Steigerung der Energieeffizienz auch für die Industriebetriebe wesentlich. Ständig werden freiwillig Maßnahmen gesetzt um Energie einzusparen, nicht zuletzt da das Einsparen von Energie schon aus betriebswirtschaftlichen Gründen im ureigensten Interesse der Unternehmen ist. Aus Sicht der Bundessparte Industrie kam die Zielsetzung im Bereich der Energieeffizienz aber viel zu voreilig, da gerade erst die Umsetzung der EU-Energieeffizienz Richtlinie durch die Mitgliedsstaaten im Gange ist (in Österreich durch das Bundes-Energieeffizienzgesetz).

Weitere Beschlüsse

Neben den drei Zielen einigten sich die Staats- und Regierungschef auch dahingehend, dass die Vollendung des Energiebinnenmarktes und die Versorgungssicherheit von zentraler Bedeutung sind und prioritär behandelt werden müssen. Die EU-Kommission wurde aufgefordert Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das 10%-Mindestziel für den aktuellen Stromverbund bis 2020 erreicht wird. Die EU-Kommission wird diesbezüglich dem Europäischen Rat regelmäßig Bericht erstatten. Bis 2030 gilt es ein Verbundziel von 15 % zu erreichen.

In den nächsten Monaten wird der festgesetzte **Energie- und Klimapolitische Rahmen für 2030** konkret ausgestaltet. Will man die Industrie als wesentlichen Wirtschaftsfaktor in Europa halten, muss diese Ausgestaltung des Rahmens klug und vorausschauend sein und darf den Standort nicht gefährden (Schutz vor „Investment-Leakage und Carbon-Leakage“). Wir möchten in diesem Zusammenhang auch auf das Industrieziel der Europäischen Union verweisen. Der Anteil der produzierenden Unternehmen in Europa soll wieder steigen, denn europäische Industriebetriebe schaffen Arbeitsplätze, steigern die Wertschöpfung und Kaufkraft und sind wesentliche Treiber von Innovation, Forschung und Entwicklung.

EU-Emissionshandelssystem nach 2020

Die konkrete Ausgestaltung des Energie- und Klimapolitischen Rahmens 2030 steht auch im wesentlichen Zusammenhang mit der Zukunft des EU-Emissionshandelssystems (EU-ETS).

In den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zum Treibhausgasreduktionsziel (-40 %) vom Oktober

2014 heißt es (Absatz 2.3): „Ein gut funktionierendes, reformiertes Emissionshandelssystem (EHS) mit einem Instrument zur Stabilisierung des Markts im Einklang mit dem Kommissionsvorschlag wird das wichtigste europäische Instrument zur Erreichung dieses Ziels darstellen ...“

Um für die bevorstehenden Diskussionen über eine Reform des EU-Emissionshandelssystems vorbereitet zu sein, hat die Bundessparte Industrie in den letzten Monaten, gemeinsam mit den energieintensiven Fachverbänden (Bergbau-Stahl, NE-Metall, Papier, Chemie, Mineralöl, Glas und Steine-Keramik), ein Positionspapier erstellt. Das Positionspapier enthält die wesentlichen Forderungen für eine Reform des EU-ETS und stellt die Grundlage für Diskussionen über die konkrete Ausgestaltung des EU-ETS post 2020 dar.

Auch zur Marktstabilitätsreserve (ein geplanter Mechanismus zur Reparatur des ETS), über deren frühzeitige Einführung diskutiert wird, hat die Bundessparte Industrie ein Positionspapier verfasst. Damit eine geplante Marktstabilitätsreserve zu einem - mit den Attributen strukturiert und selbstregulierend - sinnvollen Element einer starken ETS Reform werden kann, wäre es notwendig, spezielle Kernelemente an wirtschaftliche und strukturelle Realitäten anzupassen (Schwellenwerte, Back-Loading Zertifikate, Carbon Leakage, ...).

Die österreichische Industrie spricht sich gegen den Vorschlag aus, eine Marktstabilitätsreserve vorzeitig in der laufenden Emissionshandelsperiode einzuführen. Dies würde eine massive Intervention in das EU-Emissionshandelssystem darstellen und die Planungs- und Investitionssicherheit der dem EU-ETS unterliegenden Anlagen erneut - nach der Back-Loading Entscheidung (Verordnung (EU) Nr. 176/2014) - konterkarieren. Erst zusammen mit einer **grundlegenden Reform des Emissionshandelssystems** ist daher eine Marktstabilitätsreserve denkbar. Diese Position wird seitens der Bundessparte Industrie national und auf EU-Ebene vehement vertreten.

Expertenkreis „Energie und Klima“ der Bundessparte Industrie

In der Bundessparte Industrie wurde ein Expertenkreis „Energie und Klima“ eingerichtet. Der Expertenkreis bildet einen ausgewogenen Querschnitt über sämtliche Fachverbände bzw. Branchen der Bundessparte Industrie ab. Neben den Fachverbandsvertretern sitzen je Fachverband zwei bis drei Unternehmensvertreter im Expertenkreis.

Es gibt zwei bis drei offizielle Treffen pro Jahr. Diese Treffen werden bei Bedarf als Videokonferenz abgehalten. Darüber hinaus kann es bei brisanten Themen auch zu anlassbezogenen Einberufungen des Expertenkreises kommen.

Ziel des Expertenkreises ist es fachliche, branchenseitige Unterstützung einzuholen, um die Meinungsbildung zu erleichtern und eine Positionsfindung zu unterschiedlichsten Themen im Energie- und Klimabereich zu vereinfachen. Der Expertenkreis soll helfen, ein breites Bild an Einschätzungen zu gewinnen und einen Wissens-Pool für eine fundierte Interessensvertretung schaffen. Durch regen Austausch soll der Expertenkreis unterstützen, dass sich Experten aus verschiedenen Blickwinkeln mit, für die Industrie wichtigen Thematiken aus dem „Energie- und Klimabereich“ auseinandersetzen, um zu verhindern, dass wichtige Punkte für die unterschiedlichen Branchen übersehen werden.

In Summe soll der Expertenkreis branchenübergreifende Lösungsansätze und Positionierungen hervorbringen, um bei politischen Verhandlungen und in der Öffentlichkeit gemeinsam als „starke“ Bundessparte Industrie aufzutreten.

Richtlinienvorschlag Mittelgroße Feuerungsanlagen

Anfang 2014 wurde ein Richtlinienentwurf für mittelgroße Feuerungsanlagen von der europäischen Kommission veröffentlicht.

Der Entwurf enthält für Feuerungsanlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von mindestens 1 MW bis maximal 50 MW unabhängig von der Art des verwendeten Brennstoffs unter anderem Grenzwerte für die Luftemissionen von Schwefeldioxid (NO_x), Stickstoffoxiden (SO₂) und Staub. Damit soll das von solchen Emissionen potenziell ausgehende Risiko für die menschliche Gesundheit und die Umwelt minimiert werden.

Bestimmte Feuerungsanlagen sollen vom Geltungsbereich ausgenommen werden, um Doppelregelungen zu vermeiden oder weil die Anlagen zu spezialisiert sind.

Aus Sicht der BSI sind diese Ausnahmen im Kommissionsvorschlag aber zu restriktiv, es sollen explizit alle Anlagen ausgenommen werden, die bereits durch die Industrieemissionsrichtlinie 2010/75/EU abgedeckt sind. Außerdem müssen beispielsweise Koksöfen, Winderhitzer bei Hochöfen, Stossöfen im Warmwalz-

werke, Laugenkessel der Papierindustrie u. ä. wie in der GroßfeuerungsanlagenRL aus dem Geltungsbereich fallen.

Weiters sind im Kommissionsvorschlag neben den ohnehin ambitionierten Grenzwerten für die Schadstoffe Nox, SO₂ und Staub im Anhang II strengere Grenzwerte im Anhang III vorgesehen, wenn die Anlage in einem Sanierungsgebiet Luft steht. Diese Regelung würde in der Praxis für die betroffenen Betriebe zu Rechtsunsicherheit und zusätzlichen Aufwand bedeuten, ganz abgesehen davon, dass die vorgeschlagenen Grenzwerte viel zu niedrig sind.

Erfreulicherweise wurden die obigen Punkte in den Ratsdokumenten weitgehend geändert, sodass dieser Entwurf sinnvolle Ausnahmen von Geltungsbereich vorschlägt und den oben erwähnten Anhang III vollständig streicht.

Abzuwarten bleibt nun wie sich das europäische Parlament zum Richtlinienvorschlag äußert.

Aarhus Konvention

Österreich wurde mit einem Schreiben der Europäischen Kommission gemahnt, die Aarhus Konvention nicht vollständig umgesetzt zu haben. Konkret lautet der Vorwurf, dass die dritte Säule der UNECE Aarhus-Konvention (Art 9 Abs 3 Aarhus-Konvention „access to justice“) in Österreich nicht ausreichend umgesetzt wurde und der Zugang der Öffentlichkeit bei Genehmigungsverfahren breiter sein müsste.

Die UNECE Aarhus-Konvention wurde sowohl von der EU als auch von Österreich bereits im Jahr 2005 ratifiziert. Die bisherigen Versuche der EU-Kommission, die Konvention in einer Richtlinie umzusetzen, sind gescheitert. Die Kommission hat aber im Vorjahr wieder einen neuen Anlauf dazu gemacht und plant eine Richtlinie.

In Österreich besteht die einzigartige Situation, dass jede Anlage, die eine Auswirkung auf die Umwelt haben könnte, genehmigungspflichtig ist. Auf europäischer Ebene gibt es Staaten, bei denen oft nur aufgrund von europäischen Vorgaben - beispielsweise für UVP und IPPC Anlagen - ein Genehmigungsregime notwendig ist.

Die WKO setzt sich dafür ein, dass ein legislativer Schnellschuss verhindert wird, da die Umsetzung von Aarhus 3 in einem Land wie Österreich mit einem so

breiten Genehmigungsregime sehr genau durchdacht sein muss und die Vorschläge der Kommission durch eine Richtlinie zur Umsetzung der Aarhus Konvention abgewartet werden sollen.

Verpackungen: VerpackungsVO - AbgrenzungsVO - AbgeltungsVO

Die Novelle des AWG 2013 brachte weitreichende Änderungen im Bereich Verpackungen, die damit notwendig gewordene „**Verpackungsverordnung 2014**“ wurde im Juli 2014 im Bundesgesetzblatt BGBl II 2014/184 veröffentlicht. Sie trat zum Großteil mit 1. Jänner 2015 in Kraft.

Nach der Mitte 2013 zwischen der Wirtschaftskammer und dem Städte- und Gemeindebund getroffene **Vereinbarung betreffend der Abgeltung für die Fehlwürfe im Restmüll** sollen die Kommunen die Fehlwürfe mit 19 Millionen Euro für die Jahre 2015 bis 2017 jährlich abgegolten bekommen. Die entsprechende Abgeltungsverordnung hätte Anfang 2015 in Kraft treten sollen, wird aber nun weiter nach hinten verschoben auf Grund diverser Schwierigkeiten bei der konkreten Umsetzung.

Die **Abgrenzungsverordnung zwischen Haushalt- und Gewerbe-Verpackungen** war 2014 in der Begutachtung. Mit der Abgrenzungsverordnung wird die Definition von Haushalts- und Gewerbeverpackungen in § 13h AWG teilweise „ausgehobelt“, da für bestimmte Produktgruppen in Prozentsätzen festgelegt wird, welche Verpackung als Haushalts- bzw. als gewerbliche Verpackung zu lizenzieren ist. Als Grundlage für diese Verordnung wurde vom BMLFUW und den Sammel- und Verwertungssystemen eine Quotenstudie bei der „gvm Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung“ beauftragt. Die Ergebnisse dieser empirischen Studie werden der Verordnung zu Grunde gelegt.

Auch wenn die Verordnung bis Jahresbeginn 2015 nicht im BGBl erschienen ist, sollen laut BMLFUW die in dieser Verordnung festgelegten Quoten ab 1. Jänner 2015 von Lizenznehmern in Abstimmung mit dem lizenzgebenden System herangezogen werden können, damit nicht zweifach die Umstellung des Warenwirtschaftsprogramms notwendig wird.

Abfallpaket

Die europäische Kommission hat am 2. Juni 2014 das **„circular economy package“** veröffentlicht, mit dem vor allem die Abfallrahmen-, Deponie- und Verpackungs- Richtlinien zur Abfallgesetzgebung geändert werden sollen.

Das **„circular economy package“** beinhaltet:

1. einen Rechtsakt, mit dem sechs Richtlinien zur Abfallgesetzgebung geändert werden
2. eine Mitteilung der Kommission: **„Towards a circular economy: A zero waste programme for Europe“**;
3. eine Mitteilung zum nachhaltigen Bauen **„Resource efficiency opportunities in the building sector“**;
4. eine Mitteilung zum Green Action Plan für SMEs **„Enabling SMEs to turn environmental challenges into business opportunities“**;
5. eine Mitteilung zu nachhaltigen Lebensmitteln (noch nicht veröffentlicht).

Die wesentlichen Änderungen zur **AbfallrahmenRL** und zur **VerpackRL** wurden von vielen Mitgliedstaaten und auch der WKO als sehr unausgegoren und für die Wirtschaft in der Form nicht umsetzbar kritisiert.

Die neue EU-Kommission hat das **„circular economy package“** zurück gezogen, was wiederum zu Protesten von einigen Ländern geführt hat. Es wurde nun noch für 2015 ein ambitionierteres **„circular economy package“** von der EK angekündigt.

Altlastensanierungsgesetz

Laut Regierungsprogramm soll das Altlastenatlasgesetz (ALSAG) überarbeitet werden. Die Überarbeitung wird wahrscheinlich vor allem die Sanierungsverfahren betreffen. Es kann aber auch ein neues Beitragsmodell wieder in Diskussion kommen; jedenfalls plant das BMLFUW, dass die ALSAG-Beiträge wertangepasst werden.

In der BSI fand daher mit den Fachverbänden und Firmenvertretern eine Diskussionsrunde zur Frage statt, ob es bessere Alternativen zum derzeitigen ALSAG-Beitragsmodell gibt. Ziel der Diskussion war es zu überlegen, ob es aus Wirtschaftssicht ein anderes Beitragsmodell geben könnte, das vorgeschlagen werden soll. Die Diskussion ergab, dass die Beibehaltung des derzeitigen Systems mit notwendigen Verbesserungen in Summe eine realistische und vernünftige Variante wäre.

Aufgrund der aktuellen Probleme, die insbesondere Unternehmen aus der Bauwirtschaft betreffen, sind im Gesetz insbesondere Klarstellungen bei der Frage, ob bzw. wann ein ALSAG-Beitrag abzuführen ist, notwendig.

Verordnung brennbarer Flüssigkeiten

Die derzeit geltende Verordnung über brennbare Flüssigkeiten aus dem Jahr 1993 soll überarbeitet werden. Dies vor allem deshalb, da mit 1. Juni 2015 die neuen

Grenzen der Flammpunkte nach der CLP-Verordnung 1272/2008/EG und die Vorgabe neuer Ansätze für Maßnahmenkonzepte für den Explosionsschutz durch die ATEX-Richtlinie gelten.

Die BSI hat sich - in Abstimmung mit den Fachverbänden - für eine Novellierung ausgesprochen, um einen einheitlichen Vollzug in Österreich zu gewährleisten. Die Begutachtung zur Überarbeitung der Verordnung brennbarer Flüssigkeiten wird voraussichtlich vor Sommer 2015 starten.

Abfalldeverordnungen EU und Österreich

Die Begutachtungsfrist des Entwurfs zur österreichischen Abfalldeverordnung für Recycling Baustoffe lief vom November 2014 bis Jänner 2015.

Die BSI hat eine Stellungnahme abgegeben, wobei vor allem die Erschwernisse und bürokratischen Hürden beim Baustoffrecycling kritisiert werden. Zur Frage der Einsetzbarkeit von Stahlwerkschlacke als Baustoff in der Straße gibt es keine koordinierte Spartenmeinung.

Europäischer Abfallkatalog

Das europäische Abfallverzeichnis wurde überarbeitet und an die CLP Vorgaben angepasst. Mit Beschluss der Kommission vom 18. Dezember 2014 wurde das aktuelle europäische Abfallverzeichnis veröffentlicht. Die Änderungen im europäischen Abfallverzeichnis gelten ab dem 1. Juni 2015.

Innerhalb der WKÖ wird die weitere Vorgehensweise - insbesondere die Frage, ob man sich gegen die Fortführung der ÖNORM S 2100 und für einen vollständigen zeitnahen Umstieg auf das europäische Abfallverzeichnis ausspricht - besprochen.

Neugestaltung der europäische Luftpolitik

Nachdem Ende 2013 die Kommissions-Vorschläge für ein neues EU Luftqualitäts-Paket vorgestellt worden waren, begann Anfang 2014 die Detailarbeit: Zusammen mit anderen Interessensvertretungen wurden insbesondere die potenziellen Auswirkungen des EU Kommissions-Vorschlages für eine Überarbeitung der NEC-Richtlinie (Vorgaben für nationale Emissionshöchstmenge für Stickstoffoxide, Schwefeldioxid, Ammoniak, NMVOC, neuerdings auch für Feinstaub und Methan) ausgelotet, Positionen formuliert und auf nationaler und EU-Ebene vertreten. Dazu gehörten u. a. nationale Koordinierungssitzungen mit dem

zuständigen Ressort BMLFUW, Stakeholder-Workshops, weiters der fachliche bzw. Informations-Austausch mit Autoren der industrierelevanten Emissionsszenarien (IIASA bzw. Umweltbundesamt) und nicht zuletzt Gespräche mit Vertretern der EU Kommission und des Europäischen Parlaments im Herbst des Jahres. Das Paket wurde von der neuen EU Kommission Ende 2014 aus bestimmten Gründen wieder infrage gestellt, viele Staaten und Institutionen befürworten jedoch eine Weiterführung der Arbeiten wie bisher. Die Zukunft des aktuellen Paketes ist aber noch ungewiss.

Nationale Wasserpolitik

Die BSI war in die Erstellung eines **nationalen Leitfadens des BMLFUW zum Ausgangszustandsbericht** gemäß Industrieemissions-RL von Beginn an eingebunden gewesen - ebenso wie das Wirtschaftsministerium und Ländersachverständige. Besonders die Mitglieder der Arbeitsgruppe Wasser in der Bundessparte Industrie engagierten sich in diesem Prozess für realistische und praxisorientierte Anforderungen. Der Leitfaden wurde im Herbst finalisiert, die Aufklärungsarbeit wird bis weit in das Jahr 2015 hinein dauern und umfasst direkte Beratungen der Unternehmen, aber auch Veranstaltungen in den Bundesländern, die von der BSI mit organisiert werden.

Zu den ersten novellierungsbedürftigen **Abwasseremissionsverordnungen** (Eisenmetallindustrie, Glas, Reinigung von Abluft und wässrigen Kondensaten, Gerberei) konnte eine Einigung erzielt werden - sie sind mittlerweile erlassen. Ebenso starteten die ersten Gespräche bzw. Verhandlungsrunden zu den Abwasseremissionsverordnungen Kokerei, Chlor-Alkali-Elektrolyse und Zellstoff, bei denen Unternehmensexperten, Fachorganisationen und die BSI stets vertreten sind. Eine wesentliche Grundlage für die Überarbeitung der Abwasseremissionsverordnungen stellen bekanntlich die sogenannten **BREF Prozesse** auf Basis der Industrieemissions-RL dar. Auch hier ist die Industrie zusammen mit Unternehmensexperten in die Gespräche auf nationaler Ebene eingebunden. Nachdem in den vergangenen Jahren diesbezügliche Stand der Technik-Studien des Umweltbundesamtes immer wieder zu deutlichem Unmut in der Industrie geführt hatten, versuchte die BSI im Jahr 2014 wieder einmal, die Akteure an einem Tisch zu versammeln. Letztlich wurde eine **UBA-WKÖ Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und dem Umweltbundesamt (UBA)** verfasst, die zumindest bestimmte Aspekte außer Streit stellen soll.

Mitte des Jahres wurde der lange erwartete **EMREG-Evaluierungsbericht** (Emissionsregister Oberflächen-

gewässer) publiziert und damit der Startschuss für die **Novelle der Registerverordnung** gegeben. Ziel der im Herbst begonnenen Verhandlungen ist die deutliche Reduktion der Kosten für Industriebetriebe aufgrund der verordneten Meldeverpflichtungen. Die Gespräche sollen bis Mitte 2015 abgeschlossen sein. Ebenso fand 2014 die Begutachtung der sogenannten „**IST Bestandsanalyse**“ (= Grundlage für die neuen Gewässerbewirtschaftungspläne des Bundes ab 2016) statt, mit dem Umweltbundesamt wurde Ende Sommer ein Informationsaustausch über mögliche Verbesserungen der **Wassernutzungsdaten der Industrie** begonnen, der jedoch außer zahlreicher (statistischer) Bedenken von Branchen keine relevanten Ergebnisse brachte.

Chemikalienpolitik

Neben der Einrichtung des WKÖ-weiten **Chemie-Arbeitskreises** seitens der Umweltpolitischen Abteilung und der Finalisierung der **Fluorierte Treibhausgas-Verordnung** auf EU Ebene standen 2014 vor allem eine Unzahl von öffentlichen **Konsultationen im EU Chemikalienrecht** (insbesondere zur harmonisierten Einstufung bzw. Zulassung gemäß REACH-Verordnung) an. Ein beachtlicher Arbeitsaufwand in den betroffenen Betrieben und in der Interessensvertretung ist die Folge.

Weitere umweltpolitische Arbeitsfelder 2014

Die von der EU Kommission eingeforderten **Nachominierungen von Natura 2000** Gebieten in Österreich schlugen im vergangenen Jahr erste massive Wellen, da laufend neue Gebietskandidaten ohne Einbindung von Grundeigentümern erarbeitet werden. Eine Beschwerde bzw. eine sogenannte „Schattenliste“ des

Ausblick 2015

Wichtige Themen für das Jahr 2015 sind national die Umsetzung des Bundes-Energieeffizienzgesetzes sowie die Novelle Ökostromgesetz und das Klimaschutzgesetz. Wesentliche Weichenstellungen auf internationaler Ebene sind die Verhandlungen über ein internationales Klimaschutzabkommen in Paris (COP21), die Ausformulierung der europäischen Energiestrategie 2030, die Reform des EU-Emissionshandels und die Schritte zur EU-Energieunion.

Die Umsetzung der Richtlinie 2012/18/EU zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen (SEVESO III) kommt im Jahr 2015 in Österreich in die heiße Phase: die Richtlinie muss spätestens mit 1. Juni 2015 umgesetzt sein und greift in zahlreiche Bundesgesetze, Verordnungen (GewO, AWG, MinroG, UIG, IndustrieunfallVO,...) und Landesgesetze (BauO, RaumO, KatastrophenschutzG,...) ein.

Weitere Tätigkeiten im Jahr 2015 betreffen u.a. die Arbeiten am Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplan 2016, das Novellenpaket Abwasseremissionsverordnungen, die EmregV-Novelle, die Novelle Wasserrechtsgesetz, die Fortführung oder Neuaufgabe der EU NEC-Richtlinie, nationale bzw. europäische Aktivitäten zu endokrinen Stoffen bzw. Nanomaterialien und die Kommentierung von chemikalienrechtlichen Konsultationen zu bestimmten Stoffen.

Umweltdachverbandes hatte 2012 ohne Wissen der Stakeholder und Behörden zu einem Vorverfahren der EU Kommission geführt (ein Vertragsverletzungsverfahren droht), und damit einer gründlichen fachlichen Diskussion - ohne Zeitdruck - vorerst den Boden entzogen. Im Bereich des nationalen Luftrechts wurden einige **Länderverordnungen gem. IG-L** erlassen, die sich u. a. in Form von Fahrverboten für bestimmte Lkw-Typen auswirken.

Weiters stand die Beobachtung des **europäischen Prozesses betreffend PEF und OEF** (Product Environmental Footprint und Organisation Environmental Footprint) im Fokus, der sich künftig insbesondere für mittelständische Industrieunternehmen negativ auswirken könnte.

Die BSI war im Laufe des Sommers teilweise auch an der Erarbeitung der neuen **nationalen Biodiversitätsstrategie** beteiligt: Zwar konnten einige kritische Aspekte entschärft werden, während der Finalisierung des Papiers kam es jedoch auch zu Ungereimtheiten, die die Qualität des Ergebnisses trüben. BSI und Fachverbände unterstützten redaktionell im Herbst die Erstellung der WIFI Unternehmerservice-Broschüre „**Umwelthinformationen für Produkte und Dienstleistungen - Freiwillige Instrumente und Kennzeichnungssysteme**“, die Broschüre ist mittlerweile verfügbar. Auf EU Ebene wurden Ende des Jahres die Arbeiten an einer neuen **Verordnung für mobile Maschinen** („NSBMMG“ oder „EU Mot-Verordnung“) begonnen, sie werden von der BSI begleitet. Nicht zuletzt wurden **Beiträge zu relevanten EU Konsultationen** (u. a. Water Reuse) erstellt.

Mag. Andrea Bärenthaler, Mag. André Buchegger und Mag. Richard Guhsl sind Mitarbeiter der Bundessparte Industrie.

Michael Renelt



Wirtschafts- und Forschungspolitik

Obwohl sich die heimischen Forschungsausgaben 2014 um schätzungsweise 2,7 % erhöhten, rutschte Österreich im EU-Innovationsranking um einen Rang auf Platz 10 ab. Eine Verschlechterung des Standorts Österreich signalisieren auch internationale Vergleiche der Arbeitskosten. Durch das Abgabenänderungsgesetz 2014 haben sich die steuerlichen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft nachteilig verändert. Die Industrie hat im Jahr 2014 das Thema „Industrie 4.0“ thematisiert, vom BMVIT wurde eine entsprechende Plattform gegründet.

Forschungspolitik

Die im April 2014 publizierte Globalschätzung der Statistik Austria zeigte einen **Anstieg der österreichischen Ausgaben für Forschung und experimenteller Entwicklung (F&E)** im Jahr 2014 um 2,7 % auf 9,32 Milliarden Euro. Der Anstieg der Forschungsfinanzierung der Unternehmen wird dabei mit + 3,6 % (auf 4,1 Milliarden Euro) deutlich stärker eingeschätzt als der Anstieg der Ausgaben des Bundes mit + 2,0 % auf (3,06 Milliarden Euro).

Von den gesamten prognostizierten Forschungsausgaben 2014 werden mit 44,5 % der größte Anteil von österreichischen Unternehmen finanziert. Zählt man die 16,2 % der vom Ausland finanzierten Forschungsausgaben hinzu, ergibt sich für die Wirtschaft insgesamt ein Anteil von 60,9 %. Der öffentliche Sektor wird

mit rund 3,5 Milliarden Euro einen Finanzierungsanteil von 38,7 % an den Gesamtausgaben erreichen (davon der Bund 32,8 %, die Bundesländer 4,7 % sowie sonstige öffentliche Einrichtungen 1,2 %). Die restlichen 0,4 % entfallen auf den privaten gemeinnützigen Sektor.

Im September 2014 wurde EU-weit das Bruttoinlandsprodukt nach einer revidierten Fassung des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010) neu berechnet, wobei sich als größte Auswirkung für Österreich eine geänderte Behandlung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung ergab. Diese wurden nämlich nicht mehr als Vorleistungen sondern als Investitionen verbucht. Anstelle der „alten“ **Forschungsquoten** von 2,90 % für die Jahre 2012 und 2013 berechneten die Statistiker nun für diese beiden Jahre „neu“ jeweils **2,81 %**. Eine realistische Berechnung einer Forschungsquote nach der neuen Methode für 2014 wird erst zur nächstjährigen Globalschätzung erfolgen.

Im **EU-Vergleich** lag Österreichs Forschungsquote 2012 (dem letzten Jahr für das internationale Vergleichsdaten für die nationalen Forschungsquoten verfügbar sind) mit 2,90 % hinter Finnland, Schweden, Dänemark und Deutschland an fünfter Stelle, weit über dem Durchschnitt der EU 28 von 2,06 %.

Förderstatistik der FFG

Die im April 2014 präsentierte Förderstatistik der Forschungsförderungsgesellschaft FFG über das Jahr 2013 zeigte, dass insgesamt für wirtschaftsnahe Projekte 436,7 Millionen Euro an Förderungen (Zuschüsse und Darlehen) ausbezahlt wurden. Der größte Anteil entfiel davon mit 1.871 Projekten bzw. 225,7 Millionen Euro an ausbezahlten Mittel auf die Bottom-up-Programme (Basisprogramme 183,6 Millionen Euro, Headquarter 16,7 Millionen Euro, Frontrunner 4,7 Millionen Euro). Die Auszahlungen bei den Thematischen Programmen machten 117,6 Millionen Euro aus (davon: IKT der Zukunft 22,8 Millionen Euro, Produktion der Zukunft 12,4 Millionen Euro, Mobilität der Zukunft 22,1 Millionen Euro, Energie der Zukunft 11,9 Millionen Euro) sowie jene in der Kooperation Wissenschaft-Wirtschaft 80,0 Millionen Euro (Kompetenzzentrenprogramm COMET 49,3 Millionen Euro, Bridge 10,8 Millionen Euro). Nach

Finanzierung der österreichischen Forschungsausgaben

Bruttoinlandsausgaben für F&E	2014	Veränd. in % 2014/13	2014
	Mill. €		Anteil in %
Insgesamt	9.322	2,7	100,0
Davon finanziert durch:			
Bund	3.056	2,0	32,8
Bundesländer	440	-0,4	4,7
Unternehmenssektor	4.147	3,6	44,5
Ausland	1.527	2,9	16,4
Sonstige	152	2,7	1,6

Quelle: STATISTIK AUSTRIA (Globalschätzung 2014)

Themen nahm die Produktion mit 18,7 % den höchsten Anteil der FFG-Förderung 2013 ein, gefolgt von IKT (17,6 %), Energie/Umwelt (15,6 %), Life Science (11,2 %) und Mobilität (9,0 %).

Kompetenzzentren: 11 neue K-Projekte genehmigt

Im Rahmen des Kompetenzzentren-Programms COMET wurden im April 2014 vom Wirtschafts- und Infrastrukturministerium insgesamt elf neue „K-Projekte“ mit einer Förderung von 13,9 Millionen Euro aus Bundesmitteln genehmigt. Mit Landes- und Firmenmitteln betragen die Investitionen in Summe mehr als 51 Millionen Euro. Bei diesen bis zu vier Jahre laufenden K-Projekte müssen mindestens ein wissenschaftlicher Partner (Hochschule, Forschungsinstitut) und mindestens drei Unternehmenspartner beteiligt sein. Die Förderung des Bundes und der Länder beträgt maximal 675.000 Euro pro Jahr und ist auf 45 Prozent des Gesamtvolumens beschränkt, die beteiligten Unternehmen müssen mindestens die Hälfte der Kosten tragen, der Rest ist von den wissenschaftlichen Partnern zu finanzieren. Im Rahmen des gesamten COMET-Programms gibt es damit in Summe fünf große K2-Zentren, 16 K1-Zentren und 35 K-Projekte.

17 neue Research Studios

Die abgeschlossene 4. Ausschreibung zum BMWFW-Programm „Research Studios Austria“ ergab die Installierung von 17 neuen Research Studios mit insgesamt 15,8 Millionen Euro Fördermittel. Neun dieser Research Studios sind dem Schwerpunkt „Energie- und Ressourceneffizienz“ bzw. acht dem Schwerpunkt „Life Sciences & Medizintechnologie“ zuzurechnen. Mit ihnen wird insbesondere der Weg von innovativen Prototypen in Richtung Marktreife unterstützt.

Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung

Die Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung hat für die österreichische Forschungsförderung im Jahr 2014 insgesamt 38,7 Millionen Euro vergeben, wobei die Schwerpunkte auf der Grundlagenforschung, Standortsicherung, Stärkung des nationalen Humanpotentials und des Risikokapitals, Stärkung der Forschungsinfrastruktur und des Beitrags des geistigen Eigentums zu Wachstum und Innovation liegen. Vom Gesamtbetrag fließen 12,5 Millionen Euro an die Forschungsförderungsgesellschaft FFG, 12,0 Millionen Euro an den Wissenschaftsfonds FWF, 4,0 Millionen Euro an die Österreichische Akademie der Wissenschaften ÖAW, 2,0 Millionen Euro an die Ludwig Boltzmann Gesellschaft LBG, 4,2 Millionen

Euro an die Christian Doppler Forschungsgesellschaft CDG und 4,0 Millionen Euro an die Austria Wirtschaftservice Gesellschaft aws.

Stiftungsprofessuren zur Förderung des Industriestandorts

2014 wurden drei Stiftungsprofessuren vergeben (4,0 Millionen Euro vom BMVIT, 1,0 Millionen Euro von der Marshallplan-Jubiläumstiftung), deren Hauptziel im nachhaltigen und langfristigen Aufbau von Forschungskompetenz und Lehrangeboten in Forschungsthemen, die für den Innovationsstandort Österreich von strategischer Bedeutung sind, besteht.

Die Professur für „Advanced Manufacturing“ ging an ein Konsortium der Uni Innsbruck, das u. a. von den Unternehmen Getzner Textil AG, Fussenegger und Grabher Textilveredlung, Benninger AG, Alge Elastic und Schoeller GmbH unterstützt wird. Das Vorhaben adressiert neue Produktionstechniken, die für die Herstellung von flexiblen technischen Textilien, Leichtbaustrukturen, textilverstärkten Verbundstoffen, aber auch von Sensoren oder textile Elektroden wesentlich sind.

Im Bereich „Hochleistungswerkstoffe“ konnte sich ein Konsortium der Montanuniversität Leoben durchsetzen, in dem die Unternehmen voestalpine AG und Ebner Industrieofenbau mitarbeiten. Der beabsichtigte Lehrstuhl soll bei der Verbesserung von Stahlgütern einen integrativen Ansatz verfolgen und neuartige Legierungs- und Verarbeitungskonzepte erforschen, die im Bereich Automobil, Energietechnik, Transport und Umweltschutz Anwendung finden werden.

Die dritte Professur soll US-amerikanische Professorinnen und Professoren im Bereich der Produktionsforschung nach Österreich bringen. Vorrangiges Ziel dieser Stiftung ist der Wissenstransfer zwischen den USA und Österreich. Diesbezüglich konnte ein Konsortium der TU Wien überzeugen, das von einer breiten industriellen Unterstützung (u. a. Hoerbiger, Geberit, Voith) getragen wird.

Österreich fällt im EU-Innovationsranking weiter zurück

Nach den Ergebnissen des „Innovation Union Scoreboard 2014“ blieb Österreich „Innovation Follower“, fiel jedoch weiter hinter die europäische Spitze zurück. Insgesamt belegte Österreich beim Summary Innovation Index nach Rang 9 im Vorjahr und Rang 8 im Jahr 2012 im Berichtsjahr nur den 10. Platz unter den EU-28-Mitgliedstaaten. Als „Innovation Leader“

unverändert in Front liegen die skandinavischen Länder und Deutschland.

Industrie 4.0

Am 4. April 2014 fand im Haus der Industrie in Wien eine Kick-off-Veranstaltung zu „Industrie 4.0“ statt, in der die Industriellenvereinigung sowie der Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie versuchten, hinsichtlich des „Zusammenwachsens von klassischer Produktion mit Informations- und Kommunikationstechnologien“ entsprechendes Bewusstsein zu schaffen.

Um den mit großer Bandbreite und verschiedenen Ausprägungen versehenen Begriff „Industrie 4.0“ in Österreich entsprechend zu besetzen etablierte das BMVIT im Herbst 2014 eine nationale „Plattform Industrie 4.0“ mit dem Ziel, die Zukunftsfähigkeit des Produktionsstandorts Österreich abzusichern und die Wettbewerbsfähigkeit der produzierenden Industrie zu steigern. Die österreichische Plattform Industrie 4.0 wird von einer Taskforce geführt unter der die folgenden Arbeitsgruppen eingerichtet wurden:

- ▣ Arbeitsgruppe 1 „Mensch in der Produktion“
- ▣ Arbeitsgruppe 2 „Sicherheit“
- ▣ Arbeitsgruppe 3 „KMU“
- ▣ Arbeitsgruppe 4 „Neue Geschäftsfelder“
- ▣ Arbeitsgruppe 5 „Forschung, Entwicklung & Innovation“
- ▣ Arbeitsgruppe 6 „Rahmenstrategie, Analytik, Kommunikation“
- ▣ Ad-Hoc Arbeitsgruppe „Regionale Strategien“

In den Arbeitsgruppen 1, 5, 6 bzw. in der Bundesländer-Koordination haben 2014 bereits erste formale Sitzungen stattgefunden.

KIC „Rohstoffe“ - mit österreichischer Beteiligung

Das Europäische Institut für Technologie (EIT) - Europas gemeinsames, länderübergreifendes Technologieinstitut - hat im Dezember 2014 in Budapest die Gewinner der Ausschreibung für die neuen Wissens- und Innovationsgemeinschaften (KICs: Knowledge and Innovation Communities) verkündet. Den Zuschlag erhielt das Konsortium „KIC Raw MatTERS“, welches aus 62 Kernpartnern, darunter der Montanuniversität Leoben, sowie aus 54 Assoziierungspartnern besteht und von Berlin aus koordiniert wird. Das EIT schafft auf europäischer Ebene eine Vernetzung und Zusammenarbeit im Wissensdreieck aus Bildung, Forschung und Innovation. In den thematisch organisierten und marktorientierten KICs werden Verfahren, Produkte

und Dienstleistungen entwickelt und unternehmerisches Denken bereits bei Studierenden gefördert.

Wirtschaftspolitik

Arbeitskosten in Österreich

Nach Eurostat-Ergebnissen vom 27. März 2014 (Mitteilung der Europäischen Kommission 49/2014) stiegen die Arbeitskosten im Jahr 2013 in der österreichischen Herstellung von Waren auf 33,8 Euro pro Stunde. In der italienischen Industrie waren die Arbeitskosten 2013 mit 28,0 € um 17 % niedriger als in Österreich, in Ungarn und Kroatien um rund 74 % günstiger als in Österreich.

Die Arbeitskosten je Beschäftigtenstunde in Euro in Österreich im Vergleich zu unseren EU-Nachbarländern 2013 zeigen laut Eurostat, dass in den letzten fünf Jahren die Arbeitskosten der gesamten Wirtschaft in Österreich mit 18,9 % deutlich stärker zugelegt haben als beispielsweise in Deutschland (+ 12,2 %), in Italien (+ 11,4 %) und auch im EU28-Durchschnitt mit 10,2 %.

Abgabenänderungsgesetz 2014

Anfang Jänner wurde vom Finanzministerium der Entwurf eines Abgabenänderungsgesetzes 2014 (AbgÄG) mit Frist 22. Jänner 2014 in Begutachtung geschickt. Trotz massiver Stellungnahmen gegen die Standort schädigenden Maßnahmen passierte der Entwurf den Ministerrat. Am 24. Februar 2014 wurde das AbgÄG 2014 im Plenum des Nationalrats beschlossen. Es beinhaltet folgende Belastungen für die Wirtschaft:

- ▣ Erhöhung der motorbezogenen Versicherungs- und Kfz-Steuer sowie Neuregelung der NoVA: Die Versicherungssteuer wird angehoben und nach Leistung gestaffelt. Leistungsschwächere Kraftfahrzeuge werden von der Anpassung weniger stark erfasst. Es erfolgt eine Umstellung vom Kraftstoffverbrauch auf die CO₂-Emission und das Bonus-Malus-System entfällt.
- ▣ Die Alkoholsteuer wird um 20 % und die Schaumweinsteuer auf einen Euro pro Liter angehoben (das entspricht 75 Cent pro Flasche). Die Tabaksteuer wird für Zigaretten und Feinschnitt in den kommenden vier Jahren stufenweise angehoben.
- ▣ Einschränkungen bei der Gruppenbesteuerung: Die Firmenwertabschreibung steht für Neuanschaffungen nicht mehr zu. Körperschaften aus Nicht-EU-Staaten ohne umfassende Amtshilfe können künftig nicht mehr einer Unternehmensgruppe angehören. Verluste ausländischer Gruppenmitglieder können maximal zu 75 % des inländischen Gewinns

berücksichtigt werden. Es wird eine zwingende Nachversteuerung ausländischer Betriebsstättenverluste nach drei Jahren vorgesehen, wenn mit dem Betriebsstättenstaat keine umfassende Amtshilfe besteht.

- Zinsen und Lizenzgebühren, die an konzernzugehörige Körperschaften geleistet werden, sind künftig nur mehr dann steuerlich abzugsfähig, wenn die daraus erzielten Einnahmen bei der empfangenden Körperschaft mit mindestens 10 % besteuert werden.
- Die Abzinsung von langfristigen Rückstellungen erfolgt künftig mit einem fixen Zinssatz von 3,5 % über die Laufzeit, statt wie bisher ohne Berücksichtigung der Laufzeit einheitlich mit 20 %. Der investitionsbedingte Gewinnfreibetrag wird auf Realinvestitionen eingeschränkt, Wertpapieranschaffungen sind künftig nicht mehr begünstigt. Jahresgehälter über 500.000 Euro sind künftig beim Arbeitgeber steuerlich nicht mehr absetzbar.
- Die steuerliche Begünstigung von freiwilligen Abfertigungen - den so genannten „Golden Handshakes“ -, von Kündigungsentschädigungen und Vergleichssummen wird eingeschränkt.
- Das gesetzliche Mindeststammkapital von GmbHs wird - unter gleichzeitiger Beibehaltung der günstigen Gründungsmöglichkeiten - von 10.000 Euro wieder auf 35.000 Euro angehoben und die Mindestkörperschaftsteuer entsprechend angepasst. Für nach dem 30. Juni 2013 gegründete GmbHs wird eine steuerliche Gründungsprivilegierung geschaffen: Für die ersten zehn Kalenderjahre ab Eintritt in die unbeschränkte Steuerpflicht kommt für diese Gesellschaften eine reduzierte Mindestbesteuerung zur Anwendung, und zwar in den ersten fünf Jahren 500 Euro pro Jahr und in den folgenden fünf Jahren 1.000 Euro pro Jahr.

Als eine positive Maßnahme seitens der Wirtschaft wird die Abschaffung der 1%igen Gesellschaftsteuer ab 2016 registriert.

Exportpreis 2014 - Die Preisträger in der Kategorie „Industrie“

Am 24. Juni 2014 wurden im Rahmen des Österreichischen Exporttags von WKÖ Präsident Dr. Christoph Leitl und Wirtschaftsminister Dr. Reinhold Mitterlehner die feierliche Verleihung der diesjährigen Exportpreise

vorgenommen. In der Kategorie „Industrie“ gewann die Vorarlberger Doppelmayr Seilbahnen GmbH aus Wolfurt den Exportpreis 2014. Die beiden Anerkennungspreise gingen an die Hoerbiger Ventilwerke GmbH & Co.KG in Wien sowie an die in Laakirchen ansässige MIBA Gleitlager GmbH.

In der Kategorie „Global Player Award“ ging der Preis 2014 an den Feuerwehrgerätehersteller Rosenbauer International AG in Leonding in Oberösterreich, die beiden Ehrenpreise gingen an die OMV AG und die Greiner Holding AG.

Industrie-Statistikbroschüre Kennzahlen 2014

Die Bundessparte Industrie hat auch dieses Jahr wieder ihre Statistikbroschüre „Österreichs Industrie - KENNZAHLEN 2014“ in aktualisierter Form herausgeben. Der Hauptteil dieser Publikation widmet sich der von der Wirtschaftskammer Österreich in Auftrag gegebenen Sonderauswertung der „Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich“ nach der Kammersystematik. Diese ermöglicht Ergebnisse einzelner Industriefachverbände bzw. Industriesparten auf Bundesländerebene.

Die Industrie KENNZAHLEN 2014 sind unter www.wien-grafik.at/wko/kennzahlen2014 im Internet downloadbar bzw. können im Büro der Bundessparte Industrie bestellt werden (bsi@wko.at).

Bilanzkennzahlenanalyse

Die Bundessparte Industrie BSI setzte die beim Industriewissenschaftlichen Institut in Auftrag gegebene Bilanzkennzahlenanalyse mit einer Auswertung des Geschäftsjahres 2011/2012 fort.

An dieser Analyse beteiligten sich neben der BSI auch die Industriefachverbände Stein/Keramik, Glas, Holz, Maschinen & Metallwaren, Fahrzeuge, Elektro- und Elektronik und erstmals auch Bergwerke/Stahl. Zusätz-

lich beteiligten sich auch die niederösterreichische und die Wiener Industrie mit einer entsprechenden Bundesländerauswertung am Projekt.

Ausblick 2015

Das große Thema des Jahres wird die Steuerreform und deren Gegenfinanzierung sein.

Die dringend benötigten Budgetsteigerungen für die angewandte Forschungsförderung werden aus vorherrschenden Finanz-Konsolidierungsgründen kaum realisierbar sein.

Zentrales Anliegen der Industrie ist, dass sich für die stark exportorientierte heimische Wirtschaft die Rahmenbedingungen am Standort Österreich sowie die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht noch weiter verschlechtern.

Mag. Michael Renelt ist Mitarbeiter der Bundessparte Industrie.



© presstext.at

Herwig W. Schneider

Die internationale Konjunktorentwicklung

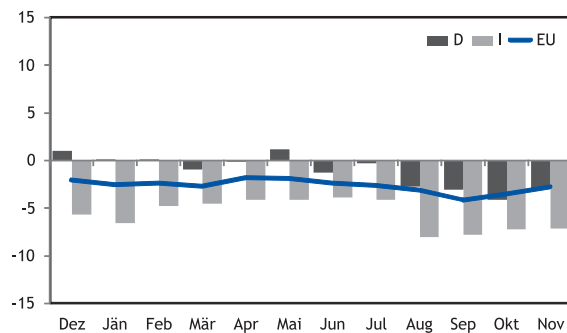
Die globalen Konjunkturdaten haben sich in den letzten Monaten verbessert, wobei insbesondere Europa auf der Gewinnerseite der Veränderung der Ölpreise und der Wechselkurse steht. Ein generell niedrigeres Potenzialwachstum lässt aber einen raschen konjunkturellen Höhenflug als unwahrscheinlich erscheinen.

Der Internationale Währungsfonds (IMF) hat Anfang April 2014 seine Prognose für die Jahre 2015 und 2016 vorgelegt. Das **Wachstum der weltweiten Wirtschaftsleistung** soll sich, laut IMF, im laufenden Jahr auf 3,5 % und im kommenden Jahr auf 3,8 % erhöhen. Damit wurden die im Jänner 2015 abgegebenen Prognosen bestätigt. Die Wachstumsbeschleunigung gegenüber den vorangegangenen Jahren (2014: + 3,4 %) ist bescheiden, aber immerhin mussten heuer die Prognosen nach einem knappen Drittel des Jahres nicht wieder in den Schubladen versenkt werden: Die globale Konjunktur hat bislang im laufenden Jahren keinen politisch-ökonomischen Dämpfer erfahren.

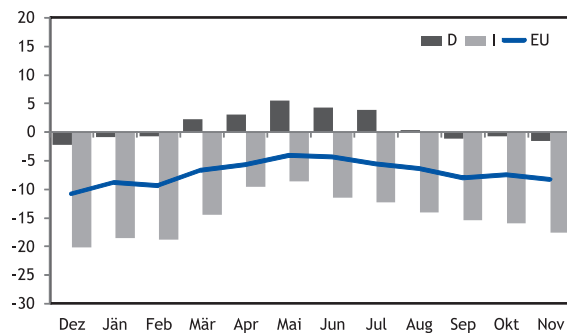
Bemerkenswert aus europäischer Sicht ist, dass die Umfeldbedingungen für eine Wachstumsbeschleunigung in **Europa** besonders günstig stehen. Folglich hat der IMF die Wachstumsprognosen für den Euroraum spürbar erhöht, und zwar um rund ein Fünftel: Der Euroraum soll nun im laufenden Jahr um 1,5 % wachsen und im kommenden Jahr um 1,6 %. Gleichzeitig wurde die Wachstumsprognose für die USA um 0,5 Prozentpunkte auf 3,1 % im laufenden Jahr zurückgenommen - womit die USA freilich immer noch doppelt so rasch wachsen wie der Euroraum.

Positiv für Europa wirkt sich aus, dass die Politik der Europäischen Zentralbank zu einer **Schwächung des Eurokurses** geführt hat. Damit gewinnt Europa an globaler Konkurrenzfähigkeit und kann somit durch einen verbesserten Außenbeitrag das Wachstum festigen. Zudem ist Europa ein klarer Gewinner der **niedrigen Ölpreise** (wie auch beispielsweise Japan), wogegen die USA als großer Ölproduzent dem niedrigen Ölpreis durchaus ambivalent gegenüberstehen. Schließlich zeigen die Detailergebnisse, dass der IMF hinsichtlich der Entwicklung in allen größeren Euroländern eine positive Einschätzung verfolgt: So soll in Spanien beim BIP-Wachstum gar eine Zwei vor dem Komma stehen, beim Sorgenkind Frankreich zumindest eine

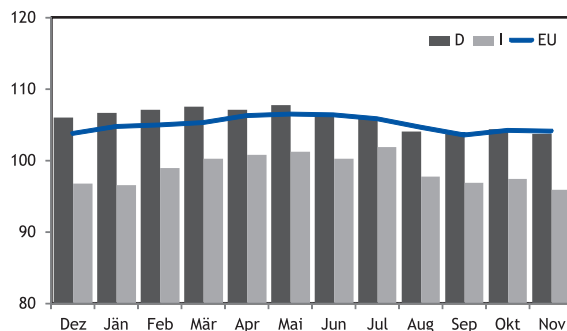
Indikator des Vertrauens in die Industrie ²



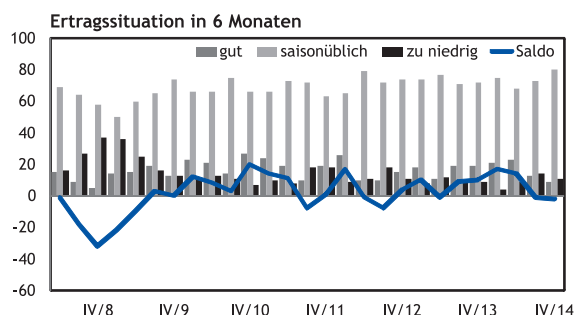
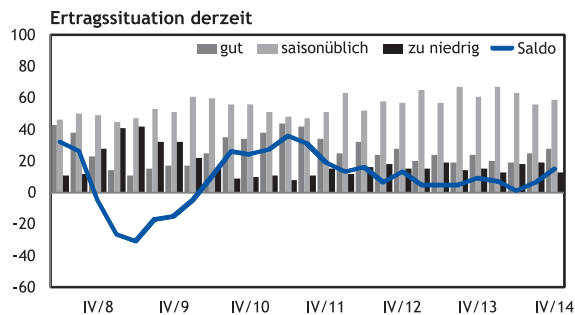
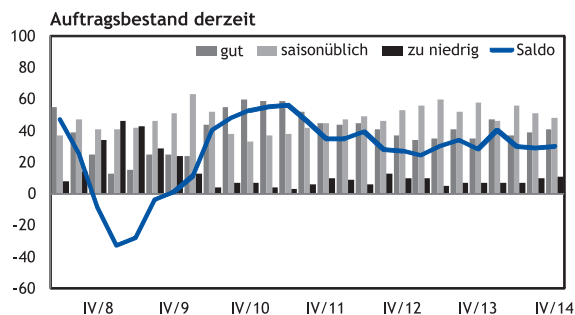
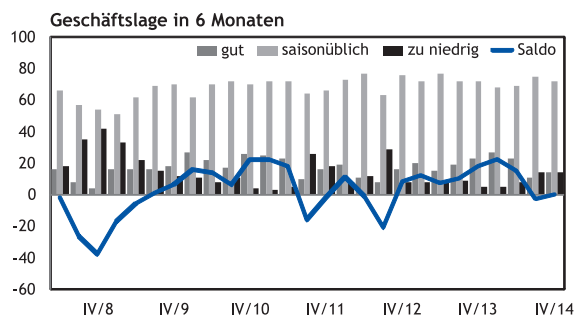
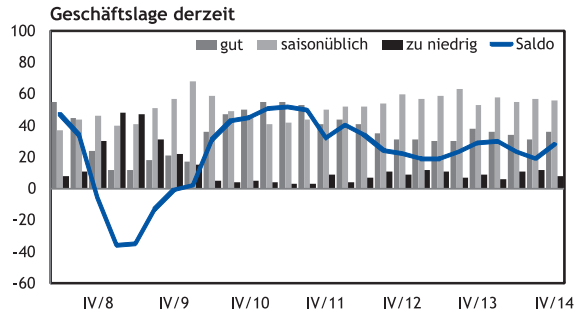
Indikator des Verbrauchervertrauens



Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung



1 Ergebnisse der Umfrage der Europäischen Kommission in der verarbeitenden Industrie. Die Werte geben die Antwortsalden (Differenz zwischen dem jeweiligen Prozentsatz der positiven und negativen Antworten) wieder.
2 Der Indikator ist das Mittel der Antwortsalden auf die Fragen über Produktionsaussichten, Auftragsbestände und Fertigwarenlager.



Eins, und selbst der europäische Problemfall Italien sollte - knapp aber doch - auf einen Wachstumspfad einschwenken.

Gleichzeitig warnt der Währungsfonds aber davor, die - gerade auch in Europa - bestehenden **Risiken** auf die leichte Schulter zu nehmen. Das **Potenzialwachstum** hat sich aufgrund der demografischen Entwicklung und des niedrigen Kapitalwachstums deutlich verringert, wobei ersteres unabhängig von der Krise aber zweites - nicht zuletzt aufgrund der geschwächten Banken - eine noch anhaltende Krisenfolge sei. Zudem sind die Probleme der hohen Schuldenlast von Haushalten, Unternehmen und den Staaten noch nicht gelöst, so kann beispielsweise ein Ausscheiden Griechenlands aus dem Euroraum zu wirtschaftlichen Verwerfungen führen.

Auch an den **Emerging Markets** ist die Krise nicht spurlos vorüber gegangen, das Potentialwachstum ist dort ebenfalls gesunken. Zudem setzen die gesunkenen Ölpreise und der starke Dollar vielen Ländern empfindlich zu. Markant pessimistisch ist der Währungsfonds hinsichtlich der Entwicklung in Russland (für 2015 wird ein Rückgang der russischen Wirtschaftsleistung um 3,8 % erwartet, die Schrumpfung soll im Folgejahr - vermindert - weiter gehen), aber auch in Bezug auf Brasilien (dessen Wirtschaft im laufenden Jahr um ein Prozent schrumpfen soll). Einen relativ robusten Wachstumspfad verfolgen weiterhin die asiatischen Länder und Afrika südlich der Sahara. Aus österreichischer Sicht erfreulich ist der Umstand, dass die unter „Emerging Europe“ zusammengefassten **Länder Osteuropas** (ohne GUS/Russland) ein ebenfalls stabiles Wachstum um die drei Prozent erreichen sollten.

Fast zeitgleich mit der IMF-Prognose hat die OECD ihre **Composite Leading Indicators (CLI)** publiziert. Diese Indikatoren sollen helfen die besonders schwierigen Wendepunkte der Konjunktorentwicklung zu identifizieren. Die CLI bestätigen das sich verstärkende Wachstumsmoment in Europa, wobei die neuerlich positiven CLI-Daten für Frankreich und Italien eine Aufwärtsentwicklung der Konjunktur in diesen Ländern unterstreichen.

Die letzten Wochen haben somit bekräftigt, was die EU-Kommission im Februar 2015 in ihrer Frühjahrsprognose noch relativ mutig mit „**Wirtschaftswachstum**“

auf breiterer Front“ betitelt hat. In dieser Prognose war insbesondere bemerkenswert, dass als größte Risiken nicht das Ausscheren Griechenlands aus dem Euro, steigende Ölpreise oder die politische Krise zwischen Ukraine und Russland genannt wurden, sondern „ein erneuter Vertrauensverlust ... wenn die Reformen auf nationaler oder auf europäischer Ebene ins Stocken geraten“. Und gegengleich wird als wichtigste Chance für einen noch stärkeren Aufschwung das Umsetzen „weiterer(r) mutige(r) Strukturreformen“ genannt. Vor dem Hintergrund dieser Analyse ist zumindest bemerkenswert, dass Österreich - zwar relativ gut durch die Krise gekommen, aber nicht eben ein Musterbeispiel von Reformeifer - in den aktuellen Wachstumsprognosen markant dem europäischen Durchschnitt hinterher hinkt.

Europäische Konjunkturumfragen

Der EU „Business and Consumer Survey“ zeigt eine überraschend stabile Entwicklung: Seit bald eineinhalb Jahren liegt der Gesamtindikator für den Euroraum im positiven Bereich, somit also über dem langjährigen Durchschnitt. Im Frühherbst 2014 drohte er die langjährige Durchschnittslinie zu durchbrechen (der Septemberwert lag mit 100,2 nur einen Hauch über dieser Linie), hat sich aber mittlerweile wieder um 3,9 Punkte vom Durchschnitt abgesetzt. Insbesondere dank günstiger Werte für Großbritannien liegt der aktuelle Indexwert für die gesamte EU mit 106,1 Punkten noch deutlich besser.

Abgesehen von Großbritannien weisen insbesondere Spanien sowie Ungarn, Kroatien und Slowenien deutlich über dem langjährigen Durchschnitt liegende Werte auf. Verhältnismäßig ungünstige Werte (um jeweils mehr als fünf Punkte unter dem langjährigen Durchschnitt) zeigten zuletzt Luxemburg, Finnland und Österreich.

Nach **Wirtschaftssektoren** analysiert zeigen die Industrie, der Finanzbereich, der Einzelhandel und die Haushalte eine überdurchschnittlich positive Einschätzung der Lage, der Dienstleistungsbereich liegt leicht unter der Durchschnittslinie. Weiterhin als unbefriedigend wird die Lage seitens der Bauwirtschaft eingeschätzt.

Die Umfragen in der **Industrie** weisen bei insgesamt acht Ländern (darunter auch Österreich) eine unterdurchschnittliche Einschätzung der Lage aus, besonders negativ ist die Einschätzung in Dänemark, Finnland und Luxemburg. Besonders günstig ist die Einschätzung der Industrie in exakt jenen Ländern, in denen auch der Gesamtindex besonders positiv ausfällt: Großbritannien, Spanien, Ungarn, Kroatien und Slowenien.

Betrachtet man die **Einzelkomponenten der Einschätzung der Industrie** zeigen sich interessante Details: Die Produktionserwartungen sind seit einiger Zeit relativ gut, scheinen sich aber im Rückblick dann jeweils doch nicht ganz erfüllt zu haben; jedenfalls liegt die Beurteilung der tatsächlichen Produktion in den letzten Monaten nur knapp über der langjährigen Durchschnittslinie. Die Auftragsbücher sind gefüllt, aber keineswegs prall gefüllt. Und die realisierten Preise sind weiterhin unbefriedigend, was sich entsprechend in einer nur zaghaften Investitionstätigkeit niederschlägt.

Das jüngste **IV-Konjunkturbarometer** für Österreich¹ zeigt eine moderate Belebung der Konjunkturlage der Industrie. Allerdings ist die Einschätzung der Geschäftserwartung von anhaltender Zurückhaltung geprägt. Bei schwacher Entwicklung der Verkaufspreise sorgt der deutliche Rückgang mancher Rohstoffpreise für eine gewisse Verbesserung der Ertragslage - wobei die Unternehmen mittelfristig skeptisch sind, ob diese Verbesserung anhalten wird. In der österreichischen Industrie scheint somit die Basis für einen investitionsgetragenen Aufschwung weiterhin zu fehlen. Entsprechend vorsichtig haben daher auch IHS und WIFO in ihren jüngsten Prognosen den Beitrag der Anlageinvestitionen zur Gesamtnachfrage beurteilt.

¹ An der jüngsten Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung haben sich insgesamt 401 Unternehmen mit rund 243.600 Beschäftigten beteiligt.



Manfred Engelmann

Industriekonjunktur 2014: Produktion und Auftragslage anhaltend rückläufig

Im vergangenen Jahr 2014 wies die österreichische Industrie einen nominellen Rückgang sowohl bei der Produktion als auch bei den Auftragseingängen aus. Dadurch konnte auch das Eigenpersonal der Industriebetriebe nicht gehalten werden. Die Exportnachfrage insbesondere aus dem Binnenmarkt ist - nach wie vor - gedämpft.

Die heimische Industrie hat im Gesamtjahr 2014 einen **Produktionswert von 144,6 Milliarden Euro** erwirtschaftet (Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik; Sonderauswertung nach der Kammersystematik; vorläufige Ergebnisse).

Im Vergleich zum Vorjahr reduzierte sich die Industrieproduktion 2014 nominell um 2,6 %. Sie ging damit bereits das zweite Jahr in Folge zurück und befindet sich nun nominell wieder auf einem Niveau knapp unter jenem des Jahres 2011. Seit dem EU-Beitritt ist die Industrieproduktion somit zum vierten Mal gesunken (2002: -1,3%; 2009: -16,8 %; 2013: -1,2 % und 2014: -2,6 %). Bereinigt um den harmonisierten Verbraucherpreisindex betrug der reale Rückgang der Industrieproduktion im vergangenen Jahr 4,0 %.

Österreichs Industrieproduktion zeigte seit dem dritten Quartal 2013 über insgesamt sechs Quartale in Folge eine prozentuelle Verminderung.

Innerhalb der heimischen Industrie konnten 2014 insgesamt acht **Branchen**, nämlich Bergwerke/Stahl, Glas, Chemie, Propak (Papierverarbeitung), Textil/Bekleidung/Schuh/Leder, Gießereien, Fahrzeuge

sowie Elektro/Elektronik ihre Produktion ausbauen, während die restlichen Branchen das vorjährige Produktionsniveau nicht erreichen konnten.

Der **Produktionsindex der österreichischen Industrie** ging im Gesamtjahr 2014 um 1,3% gegenüber dem Vorjahr zurück.

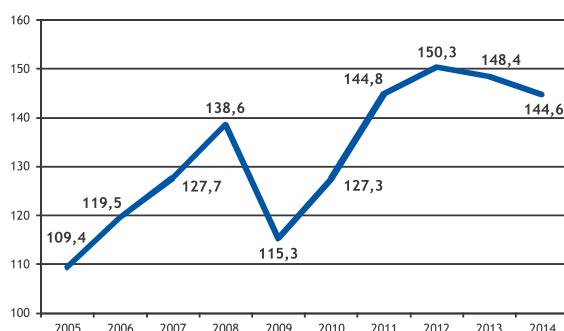
Die um die Storni bereinigten **Auftragseingänge der Industriebetriebe** machten im abgelaufenen Jahr 2014 insgesamt 86,5 Milliarden Euro aus. Gegenüber dem Vorjahr reduzierten sie sich um nominell 2,6 %, wobei die inländischen Auftragseingänge um 7,6 % auf 23,6 Milliarden Euro zurückgingen und die Auslandsauftragseingänge ein kleines Minus von 0,6 % auf 62,9 Milliarden Euro zeigten.

Steigende Auftragseingänge verzeichneten 2014 die Branchen Bergwerke & Stahl, Fahrzeuge, NE-Metall, Textil/Bekleidung/Schuh/Leder, Gießereien sowie Propak (Papierverarbeitung).

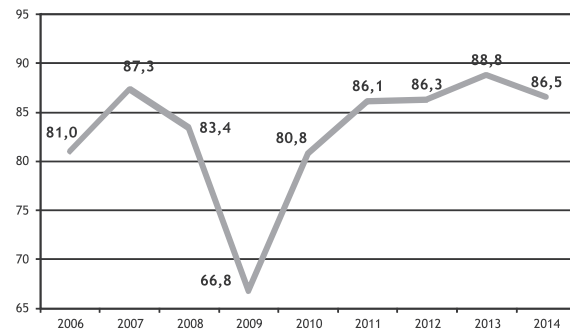
Die Anzahl des **Eigenpersonals** in den österreichischen Industriebetrieben sank im abgelaufenen Jahr um 1,8 % bzw. um rund 7.100 Personen auf 397.757 Arbeitnehmer und lag damit auf dem Beschäftigtenstand des Jahres 2010. Die Anzahl der Arbeiter ging im Jahresdurchschnitt 2014 um 2,46 % auf 221.232 zurück, die Anzahl der Industrieangestellten reduzierte sich um 0,8 % auf 162.112 Personen.

Zählt man zum Eigenpersonal das in der Industrie tätige Fremdpersonal (23.779 Personen) hinzu, so

Österreichs Industrie
Abgesetzte Produktion
Gesamtjahr in Milliarden Euro

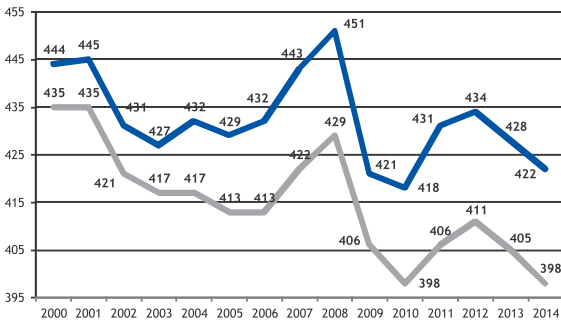


Österreichs Industrie
Bereinigte Auftragseingänge
Gesamtjahr in Milliarden Euro



Österreichs Industrie

Beschäftigte: **Eigenpersonal** sowie **Gesamtpersonal**
Anzahl absolut, in 1.000



wies der **Gesamtbeschäftigtenstand** im Jahr 2014 insgesamt 421.535 Arbeitnehmer aus, ein Minus von 1,5 % zum Stand des Vorjahres.

Österreichs Exporte

Im Gesamtjahr 2014 verzeichneten die heimischen **Ausfuhren** weltweit mit insgesamt 127,9 Milliarden Euro ein nominelles Plus von 1,7 %. Die Einfuhren gingen in derselben Periode um 0,8 % auf 129,7 Milliarden Euro zurück.

Die Versendungen Österreichs in die restlichen 27 EU-Mitgliedsländer erhöhten sich 2014 um 1,28 Milliarden Euro bzw. um 1,4 % auf insgesamt 88,0 Milliarden Euro (= 69 % der Gesamtausfuhren). Die Exporte in die EFTA stiegen um 4,1 % auf 7,7 Milliarden Euro an, jene ins Übrige Europa gingen hingegen um 7,7 % auf 6,3 Milliarden Euro zurück. Letzterer Rückgang spiegelt nicht zuletzt die Folgen der Sanktionen gegenüber Russland wider.

Die Lieferungen nach Asien vergrößerten sich im Gesamtjahr 2014 um 2,2 % auf 12,2 Milliarden Euro sowie nach Nordamerika um 10,1 % auf 8,8 Milliarden Euro. Nach Mittel- und Südamerika hingegen reduzierten sich die österreichischen Ausfuhren um 3,8 % auf 2,2 Milliarden Euro.

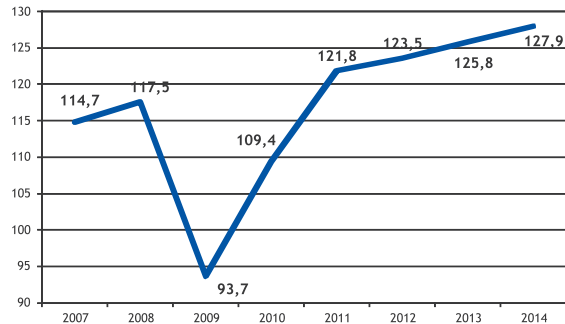
Österreichs Warenlieferungen nach Deutschland erhöhten sich im Jahr 2014 nur um ein halbes Prozent auf 38,0 Milliarden Euro. Nach Italien stagnierten die Lieferungen bei 8,2 Milliarden Euro. Nach Frankreich konnten 2014 um 5,6 % mehr österreichische Waren geliefert werden als im Vorjahreszeitraum. Positiv entwickelten sich auch die Warenlieferungen in unsere Nachbarländer Slowenien (+ 1,1 %), Slowakei (+ 3,5 %) sowie Ungarn (+ 10,9 %).

Konjunktureinschätzungen der Industriefachverbände über das erste Quartal 2015

Die von der Bundessparte Industrie durchgeführte Konjunktureinschätzung bei den Industriefachver-

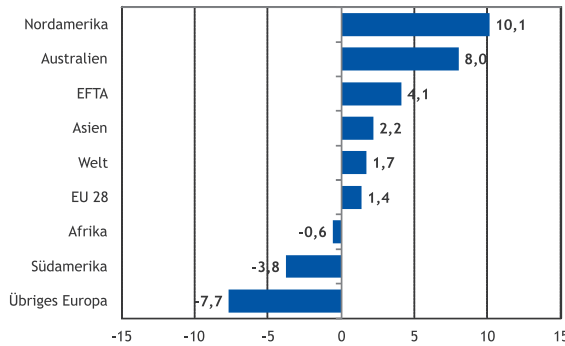
Österreichs Industrie

Exporte
Gesamtjahr, in Mrd. Euro



Österreichs Industrie

Exporte im Gesamtjahr 2014
Nach Wirtschaftsböcken, nominelle Veränderung zum Vorjahr in %



bänden betreffend die Merkmale „Produktion“, „Auftragseingänge“ sowie „Beschäftigte“ zeigte für das Startquartal 2015 eine Fortsetzung der leicht abnehmenden Industriekonjunktur.

Bei der **Produktion** ergibt der Saldo der erfassten 15 Fachverbandseinschätzungen „steigend“ minus „fallend“ einen Wert von minus drei, wobei vier Fünftel der Fachverbände eine gleichbleibende Entwicklung voraussagen. Die drei Fachverbände Maschinen/Metallwaren, Bauindustrie bzw. Holzindustrie erwarten eine abnehmende Produktionsentwicklung.

Die Einschätzung der **Auftragseingänge** im ersten Quartal 2015 fällt bei den Branchen Maschinen und Metallwaren, Stein/Keramik sowie Textil/Bekleidung/Schuh/Leder negativ aus. Der Saldo beträgt somit ebenfalls minus drei. Zwölf Fachverbände erwarten keine Veränderung Ihrer Auftragseingänge im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Bei den **Beschäftigten** zeigt der Saldo minus zwei, wobei 13 Industriebranchen mit einer gleichbleibenden Beschäftigtenentwicklung (Ausnahme: Holz bzw. Textil/Bekleidung/Schuh/Leder) rechnen.

Dr. Manfred Engelmann ist Geschäftsführer der Bundessparte Industrie und Mitherausgeber von „industrie aktuell“.

Branchenübersicht

3. Quartal 2014	Abgesetzte Produktion			Beschäftigte			Auftragslage
	% VQ	% VJQ	E 1 Q	% VQ	% VJQ	E 1 Q	E 1 Q
Bergwerke und Stahl	-8,5	0,8	→	0,4	0,5	→	→
Stein- und keramische Industrie	0,9	-4,8	→	1,0	-4,0	→	↘
Glasindustrie	1,3	1,8	→	0,7	-2,6	→	→
Chemische Industrie	1,1	1,6	→	1,2	-0,6	→	→
Papierindustrie	2,7	-5,6	→	2,9	-1,0	→	→
PROPAK	-0,6	0,2	→	-2,7	-3,3	→	→
Bauindustrie	13,9	3,5	↘	3,7	0,5	→	→
Holzindustrie	-0,1	-8,0	↘	0,9	-6,0	↘	→
Lebensmittelindustrie	0,0	-4,8	→	3,1	-2,5	→	→
Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie	7,5	-1,2	→	0,2	-3,8	→	↘
Gießereindustrie	1,3	4,9	→	1,7	1,4	→	→
NE-Metallindustrie	-4,2	0,8	→	3,2	2,4	→	→
Fahrzeugindustrie	-3,5	6,0	→	0,2	2,6	→	→
Maschinen & Metallwaren	-3,3	-1,6	↘	0,9	-1,3	→	↘
Elektro- und Elektronikindustrie	7,1	9,9	→	1,2	-1,0	→	→
Industrie gesamt	0,2	-1,2	→	1,2	-1,4	→	→

Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistiken; Sonderauswertung nach Fachverbänden

Abgesetzte Produktion: Güterliste 1 (Physische Produkte und produktionsnahe Dienstleistungen) und Güterliste 2 (Dienstleistungen im weiteren Sinne; insbesondere Handelsleistungen)

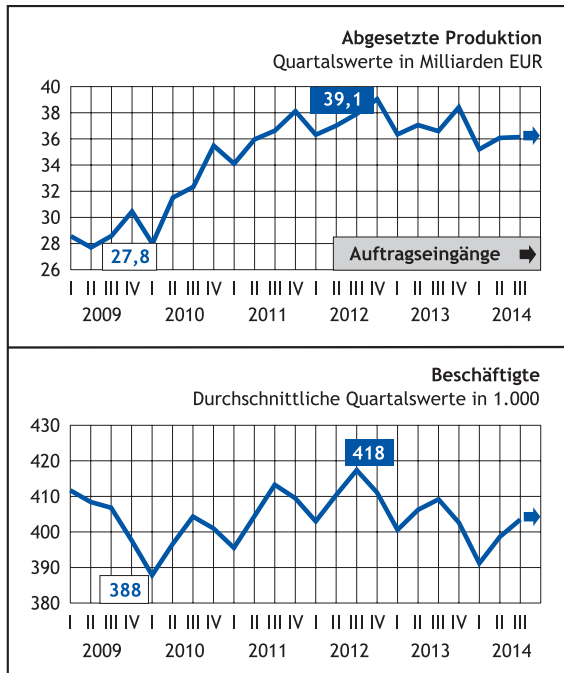
Beschäftigte: Unselbstständig Beschäftigte

% VJQ: Prozentuelle Veränderung zum Vorjahresquartalswert

% VQ: Prozentuelle Veränderung zum Vorquartalswert

E 1 Q: Die Entwicklung der Produktion, Auftragseingänge und Beschäftigung beruht auf einer qualitativen Einschätzung des jeweiligen Fachverbandes. (Veränderung 1. Quartal 2015 gegenüber 1. Quartal 2014)

Gesamtindustrie



Im abgelaufenen Jahr 2014 hat sich neuerlich ein nomineller und realer Rückgang der Industrieproduktion ergeben. Rechnet man die stark von den sinkenden Öl- und Gaspreisen abhängigen Branchen (Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen sowie Mineralölindustrie) heraus, lag die nominelle Veränderungsrate nahe der Null-Linie.

Im ersten Quartal des laufenden Jahres hat sich die Entwicklung fortgesetzt, Industrieproduktion und Auftragseingänge zeigen bestenfalls eine stagnierende Entwicklung. Optimismus für den weiteren Jahresverlauf ist allenfalls punktuell vorhanden. Schwach ist die Entwicklung in der Bauindustrie und den mit ihr verbundenen Branchen sowie im Bereich Maschinen & Metallwaren.

Erläuterung

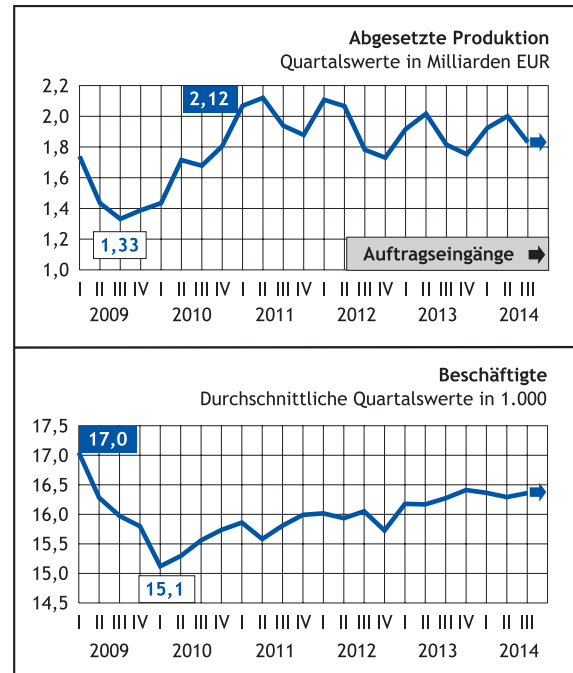
Abgesetzte Produktion: Güterliste 1 (Physische Produkte und produktionsnahe Dienstleistungen) und Güterliste 2 (Dienstleistungen im weiteren Sinne; insbesondere Handelsleistungen)

Beschäftigte: Unselbstständig Beschäftigte (ohne Fremdpersonal)

Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik; Sonderauswertung nach Fachverbänden im Auftrag der WKÖ

Die Entwicklung der Produktion, Auftragseingänge und Beschäftigung beruht auf einer qualitativen Einschätzung des jeweiligen Fachverbandes.

Bergwerke und Stahl

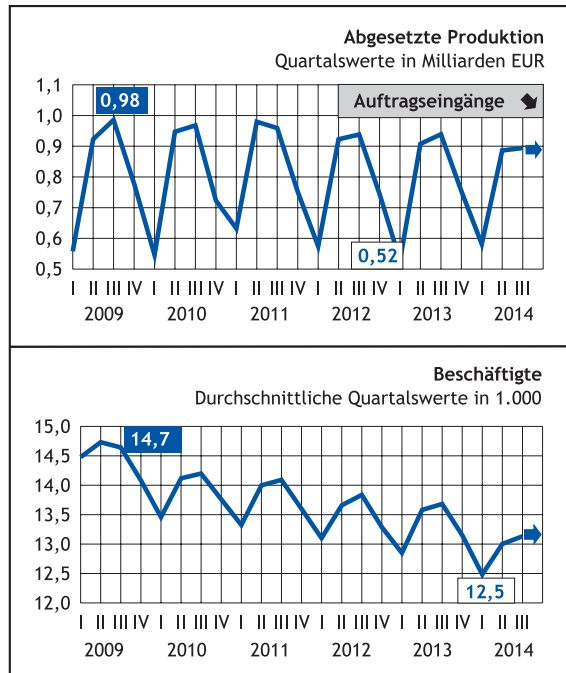


Vor dem Hintergrund einer gedämpften Konjunktorentwicklung im Inland und uneinheitlichen Impulsen von den internationalen Märkten, schätzen die Betriebe der österreichischen Bergwerke und der Stahlindustrie den Geschäftsverlauf im ersten Quartal 2015 vorsichtig optimistisch ein. Die Beschäftigungssituation ist unverändert. Trotz niedrigerer Energiekosten sind die Kosten insgesamt (Material, Personal, Energie) zu hoch. Die Investitionstätigkeit ist auf Grund der unsicheren Rahmenbedingungen sehr niedrig.

Bei den österreichischen **Bergwerken** zeichnet sich eine unterschiedliche Entwicklung ab: der heimische Eisenerzbergbau wird auf Grund günstiger Kostenentwicklung forciert und verzeichnet eine 10%ige Steigerung. Auch der Magnesitbergbau meldet eine positive Entwicklung, die von den Exportmärkten, insbesondere den USA, getragen wird. Andere Bergbaubranchen - Talk- und Leukophyllit, Wolfram, Salz, Kaolin und Eisenglimmer - erwarten eine gegenüber dem Vorjahresquartal ausgeglichene bzw. leicht rückläufige Entwicklung.

Auch für die österreichische **Stahlindustrie** ist die Entwicklung auf dem Inlandsmarkt und den europäischen Märkten uneinheitlich. Zudem belastet die politische Lage - Ukraine/Russland - die Geschäftsentwicklung. Neben Deutschland, wo man noch auf die stimulierenden Impulse wartet, liegt der Fokus derzeit auf den USA, wo die Konjunktur voll angesprungen ist, und einigen asiatischen Wachstumsmärkten. Leicht positive Impulse verzeichnen auch die hoch- und höchstlegierten Edelmärkte.

Stein- und keramische Industrie



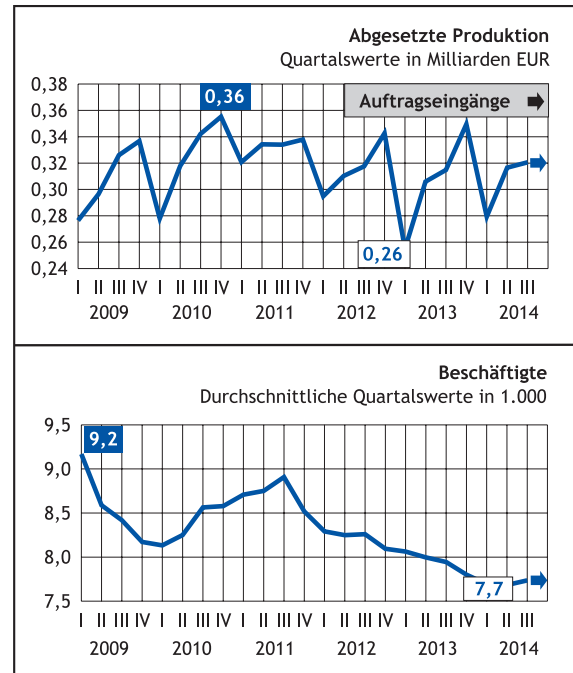
Die **Auftragslage** der Stein- und keramischen Industrie ist geprägt durch das Fehlen neuer Großprojekte: nach Auslaufen der Aufträge aus dem Jahr 2014 sind derzeit wenig neue Projekte am Horizont. Die **Produktion** liegt im ersten Quartal 2015 zwar witterungsbedingt unter Vorjahresniveau - besonders im Westen aufgrund der Schneelage -, das erste Quartal des Vorjahres war aber überdurchschnittlich gut und ist daher nicht repräsentativ. In den Monaten Jänner und Februar lag die Produktion etwa auf dem Niveau des Jahres 2013.

Die Situation in den **exportorientierten** Branchen des Fachverbands ist insgesamt zufriedenstellend, allerdings mit Ausnahme des Bereichs Feinkeramik.

Die **Beschäftigtenlage** ist stabil, das **Investitionsklima** wird durch eine eher positive Stimmung der Branche bestimmt.

Die **Kostensituation** ist angespannt. Völlig unverständlich ist, wieso sich die Reduktion des Rohölpreises um fast 60 % seit Mitte 2014 bei den Produktpreisen (Benzin und Diesel) so wenig niederschlägt, zuletzt sogar die Preistendenz wieder steigend ist. Mit Besorgnis betrachtet die Branche die Diskussion über eine flächendeckende LKW-Maut, die ein weiterer Kostentreiber wäre und die Belastung der Finanzierung für das niederrangige Straßennetz einseitig den KMUs auferlegen würde.

Glasindustrie

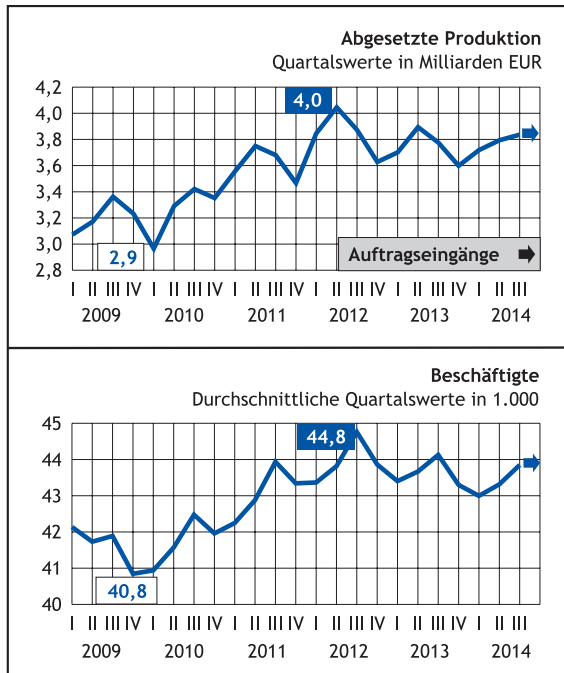


Die glasbe- und verarbeitende Industrie ist als **baunaher Branche** im ersten Quartal immer von der Wintersaison und den Weihnachtsferien negativ betroffen. Auch heuer hat dies zu einem niedrigen Auftragseingang geführt. Im Bereich **Fenster** sieht man im Regionalgeschäft eine anhaltend von Preisdruck getriebene Entwicklung auf sehr niedrigem Niveau. Gab es bisher starke Konkurrenz aus dem umliegenden Raum, überschwemmen mittlerweile noch günstigere Produkte aus Polen den heimischen Markt. Dort profitiert man vom niedrigen Zloty und großzügigen EU-Förderungen. Bei **Glasfassaden** ist man derzeit mit einer sinkenden Nachfrage konfrontiert und eine unmittelbare Steigerung ist auch noch nicht abzusehen. Demzufolge sind die Beschäftigtenzahlen etwas niedriger als in den letzten Monaten, ein Bedarf an temporären Mitarbeitern besteht kaum.

Bei **Wirtschaftsglas** und **Schmuckglasprodukten** zeichnet sich ein weiterer Preisverfall im Niedrigpreissegment ab. Die Absätze am europäischen Markt sinken weiter und man rechnet auch mit keinem baldigen Aufschwung. Diese Rückgänge können durch die starken Exporte in den asiatischen und amerikanischen Raum nur geringfügig ausgeglichen werden.

Die Entwicklung bei **Verpackungsglas** bleibt stabil. Mit dem ersten Quartal 2015 zeigt man sich zunächst zufrieden, da sich die Auftragssituation positiv darstellt und die Werke gut ausgelastet sind. Der Beschäftigtenstand ist daher konstant, aber die gesamte Marktsituation bleibt aufgrund der anhaltend schwierigen Preisentwicklung angespannt.

Chemische Industrie

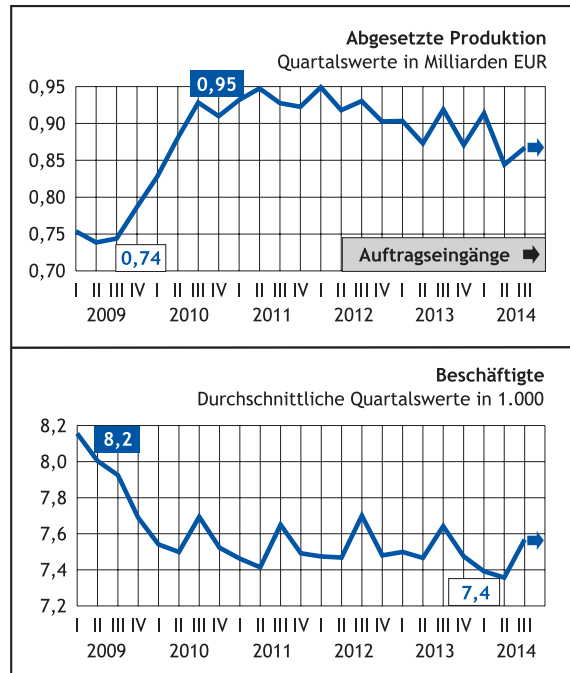


Die Entwicklung der chemischen Industrie ist derzeit vorherrschend von Stagnation geprägt. Die Konjunktur hat sich im Laufe der zweiten Hälfte des Vorjahres eingetrübt und zeigt wenig Tendenzen zur Aufhellung. Die **Auftragseingänge** der Branche flachen seit Juli 2014 zusehends ab. Der **Mitarbeiterstand** der chemischen Industrie stagniert analog zur Wirtschaftsentwicklung und liegt bei 43.200 Beschäftigten.

Im Zeitraum Jänner bis Oktober 2014 konnte die Chemie ein schwaches **Umsatzplus** von 0,5 % erzielen. Etwas besser als der Durchschnitt entwickelten sich Agrochemikalien, Chemiefasern und der Kunststoffsektor, während anorganische Chemikalien und Pharmazeutika das Gesamtergebnis drückten. Im Pharmabereich wirken sich nicht nur Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand sondern auch der Preisdruck durch auslaufende Patente negativ auf die Umsatzentwicklung aus. Neuentwicklungen verlagern sich zusehends nach außerhalb des Landes und Europas.

Sowohl die **Inlandsnachfrage** nach Chemieprodukten wie auch die **Auslandsmärkte** entwickeln sich unbefriedigend. Zwei Drittel der Chemieausfuhren gehen in die Europäische Union. Von den EU-Ländern fragten vor allem die Niederlande, Frankreich und Polen österreichische Chemieprodukte verstärkt nach. Die Exporte nach Italien und Großbritannien ließen dagegen etwas nach. Eine verstärkte Nachfrage kam auch aus der Schweiz. Für 2015 lassen der niedrige Ölpreis und Eurokurs Impulse erhoffen. Am Markt ist ein Erstarren der Nachfrage allerdings noch nicht zu spüren.

Papierindustrie

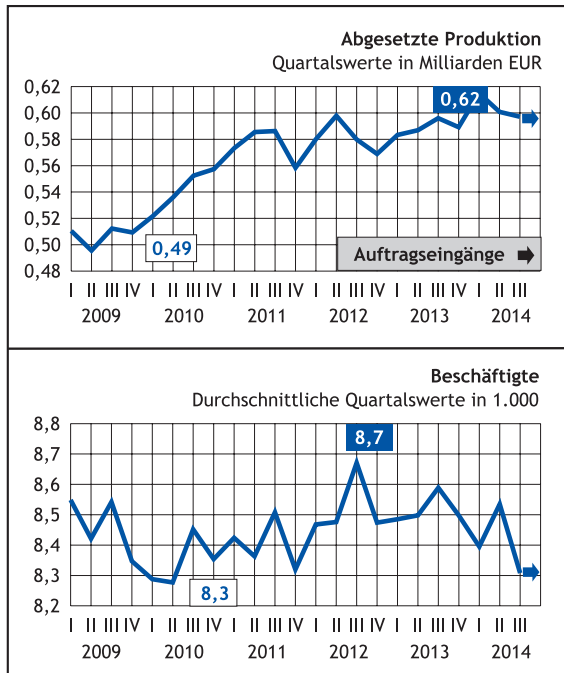


Seit dem Jahr 2007 geht die Herstellung von Papier in Österreich tendenziell zurück. Im Jahr 2014 lag die **Produktion** jedoch um zwei Prozent über dem Vorjahr und auch die Zellstoffherstellung legt geringfügig zu. Trotz des Mengenwachstums waren die **Erlöse** der Branche aber leicht rückläufig. Das Preisniveau bei Holz und Altpapier war zum Jahreswechsel weitgehend stabil. Der Zellstoffpreis der Referenz-Sorte NBSK war in den Jahren 2013/14 steigend. Das zur Herstellung benötigte Industrieholz wird in Österreich durch Holzverbrennung zunehmend knapp. Die Branche pocht daher auf die Umsetzung einer nationalen, kaskadischen Nutzungsstrategie.

Notwendige Effizienzsteigerungen an vielen Standorten führen zu einem weiteren Rückgang der **Beschäftigtenzahlen**. **Investitionen** finden hauptsächlich zum Erhalten des Stands der Technik statt. In den Werken Gratkorn (Feinpapier) und Frohnleiten (neue Kartonsorte FoodBoard) gab es Ende 2014 jedoch Umbauten mit Kapazitätserweiterungen, die mittlerweile erfolgreich abgeschlossen sind.

Nach der „Roadmap 2050“ der europäischen Papierindustrie (CEPI), die den Weg zu einer CO₂-armen Zukunft weisen soll, wurde auf der Paper Week 2013 in Brüssel das TwoTeam-Projekt präsentiert, das Ideen für bahnbrechende technische Innovationen hervorgebracht hat. Dazu haben sich mittlerweile Konsortien gebildet, die die Ideen kommerziell umsetzen wollen. Zur Industriepolitik in Österreich meldet sich der Branchenverband Austropapier regelmäßig zu Wort, zuletzt im Zusammenhang mit dem Energieeffizienz-Gesetz.

PROPAK - Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton

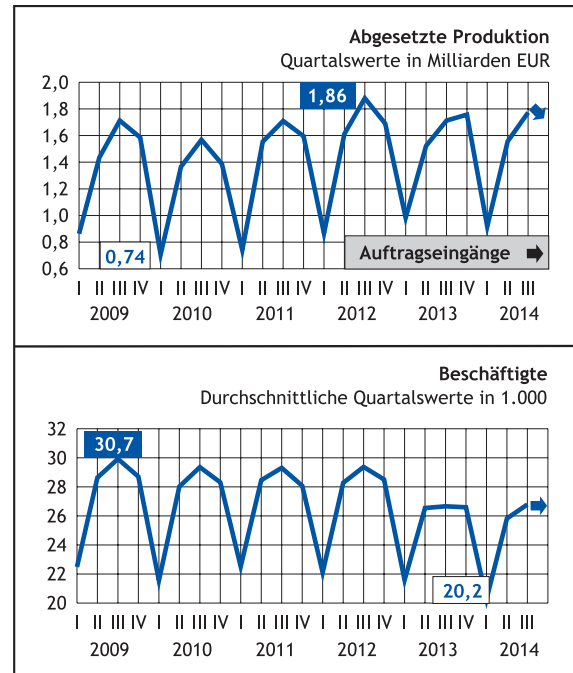


Die **Auftragslage** bei den Herstellern von Produkten aus Papier und Karton ist volatil sowie von kurzfristigen Dispositionen und kleinen Losgrößen bestimmt. Im ersten Quartal 2015 wird mit einem Anstieg um 2,1 % gerechnet. Das **Produktionswachstum** im ersten Quartal wird wertmäßig mit 1,5 % und mengenmäßig mit 1,6 % erwartet. Träger der Branchenkonjunktur ist die Nachfrage aus den Auslandsmärkten: Folglich sollten die **Exporte** im ersten Quartal mit 1,7 % (Wert) und 2,4 % (Menge) stärker als die Produktion zulegen.

Die **Kostensituation** ist weiterhin schwierig: Neben den Auswirkungen der aktuellen Lohn- und Gehaltsrunde sieht sich die Industrie insbesondere steigenden Kosten aus Gebühren, Steuern und nationalen Vorschriften gegenüber. Diesen wachsenden Kosten steht ein unverändert starker Druck auf die **Preise** - als Folge des internationalen Wettbewerbs - gegenüber, der die notwendige Anpassung der Preise erheblich erschwert.

Hinsichtlich der **Beschäftigten**zahlen sind nur geringe Veränderungen zu verzeichnen, Facharbeiter und Personen mit spezieller Qualifikation in ausreichender Zahl zu finden ist weiterhin eine große Herausforderung. Die **Investitionstätigkeit** ist nach wie vor verhalten. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Industrie in Österreich ist dringend erforderlich, bedauerlicher Weise läuft die Tendenz aber teilweise in die Gegenrichtung (etwa durch eine wachsende Umweltbürokratie). Die Branche fordert, dass die Initiative „Ausbildung bis 18“ nicht zu Beschäftigungsverboten führt.

Bauindustrie



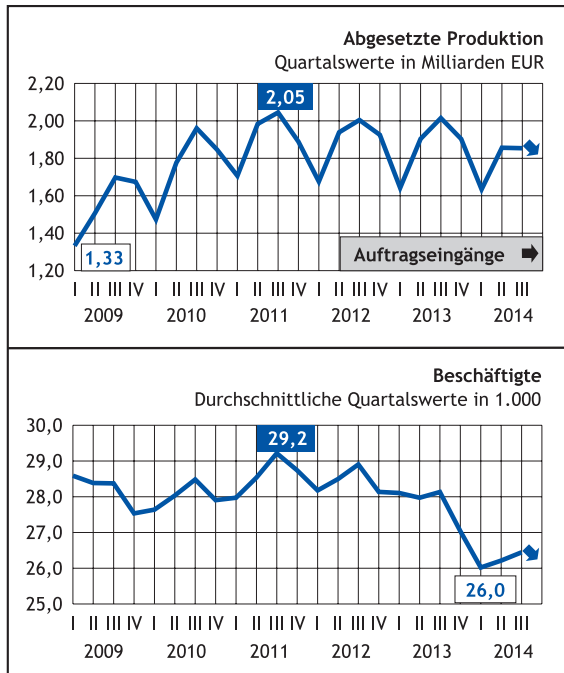
Laut aktuellem Investitionstest des WIFO zeigt sich in der Bauwirtschaft im Jänner 2015 ein saisonal bedingter Rückgang der Geschäftstätigkeit. Immer noch melden überdurchschnittlich viele Unternehmen im ersten Quartal zu geringe **Auftragseingänge**. Der Ausblick auf die kommenden Monate ist ebenso weiterhin pessimistisch. Getragen wird diese negative Einschätzung maßgeblich von den aktuell gesunkenen Auftragsbeständen. Insgesamt prognostiziert das WIFO für 2015 ein leichtes Gesamtwachstum der **Produktion** von einem Prozent.

Die Entwicklung der Beschaffungs**kosten** für die wesentlichen preisrelevanten Baustoffe ist derzeit weitgehend stabil.

Die Zahl der **Beschäftigten** in der Bauindustrie war im vierten Quartal 2014 gegenüber dem Vorjahr weitgehend stabil. In Abhängigkeit von Witterung und der Auftragslage werden sich die Beschäftigtenzahlen auch im ersten Quartal (saisonbereinigt) nur unwesentlich verändern.

Gleichzeitig stabilisierte sich die Arbeitslosigkeit im Hoch- und Tiefbau: Zu Jahresbeginn verringerte sich sogar die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahr, allerdings nur geringfügig.

Holzindustrie

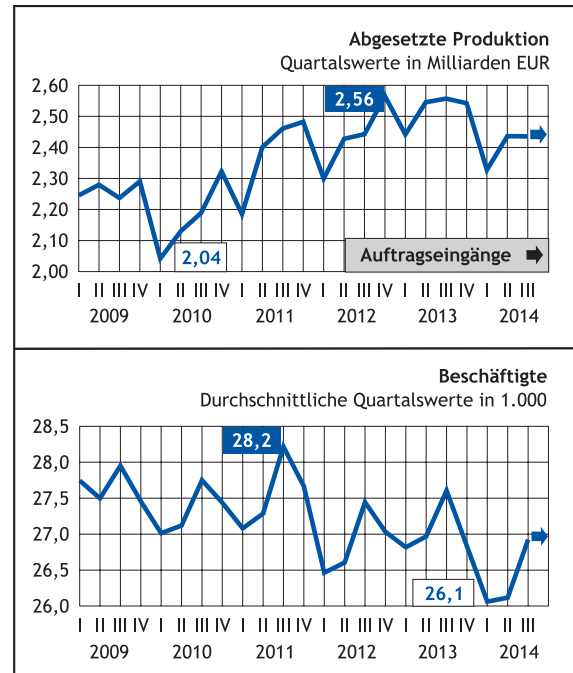


Die **Auftragslage** in der Holzindustrie hat sich heuer gegenüber dem ersten Quartal 2014 - das äußerst positiv verlaufen war - etwas verschlechtert, liegt aber noch im langjährigen Mittel. Die **Produktion** ist in praktisch allen Bereichen der Branche rückläufig, stark negativ auf die Holzwirtschaft wirkt sich nach wie vor die schwache Baukonjunktur aus. Die Exporte sind eine wichtige Stütze der Konjunktur, vor allem die Märkte rund um Österreich laufen stabil. Die Euroschwäche wird als Chance gesehen, hat aber noch zu keiner Belebung geführt.

Die **Rohstoffkosten** liegen stabil auf hohem Niveau. Die **Energiekosten** haben nachgegeben, spielen aber in der Holzindustrie (auch aufgrund der starken Eigenversorgung) keine dominante Rolle. Auf Grund der konjunkturellen Entwicklung stehen weiterhin die **Preise** unter Druck, weitere Senkungen sind aber kaum mehr realisierbar. Vor allem in den bauabhängigen Bereichen hat sich der Kampf um die Marktanteile gegenüber den Konkurrenzmaterialien verschärft.

Für **Investitionen** fehlen derzeit das nötige Kapital und die Märkte. Selbst Überbrückungsmaßnahmen reichen in der Holzindustrie gegenwärtig nicht aus, um die Konjunkturschwäche zu kompensieren, deshalb sind die **Beschäftigungszahlen** rückläufig. Die für den Industriestandort wichtige Forschungstätigkeit für höherwertige, neue Produkte verbleibt erfreulicher Weise auf stabilem Niveau.

Lebensmittelindustrie

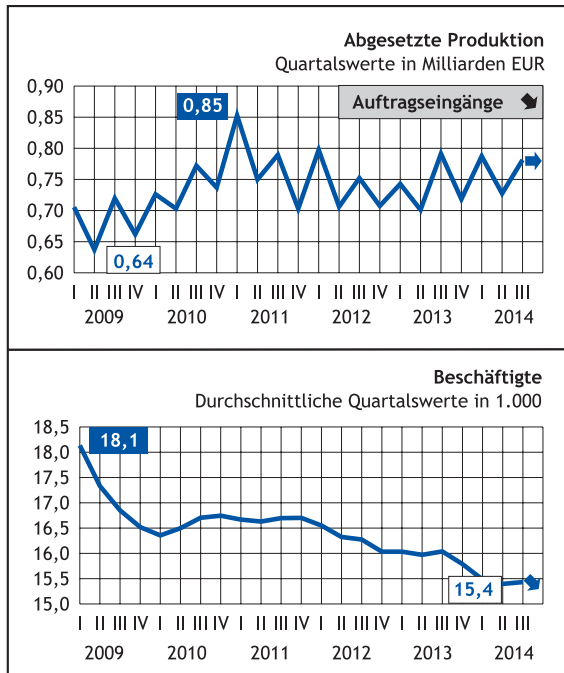


Der Umsatz der österreichischen Lebensmittelindustrie (abgesetzte **Produktion**) wird für das Jahr 2014 auf 8,0 Milliarden Euro (- 1,5 % gegenüber 2013) geschätzt. Am Heimmarkt waren vor allem die gedämpfte Konjunkturentwicklung, die Einführung der Sektsteuer und ein feuchter Sommer inklusive schwacher Tourismuszahlen für den Rückgang verantwortlich. Vor dem Hintergrund stagnierender Inlandsumsätze bleibt daher der **Export** Wachstumstreiber: Allerdings dürfte dieser im Jahr 2014 auch nur um 1,6 % auf rund 5,5 Milliarden Euro gestiegen sein, da sich eine allgemeine Konsumverunsicherung auf vielen Auslandsmärkten und zudem die Auswirkungen der Ukraine-Russland-Krise bemerkbar gemacht haben.

Der **Ertragsdruck** für viele Unternehmen nimmt weiter zu. Am Inlandmarkt stagnieren die Verkaufs**preise** aufgrund des Konzentrationsprozesses im Lebensmitteleinzelhandel und die Tendenz zu Eigenmarken. Dem steht ein generell hohes **Kostenniveau** gegenüber, insbesondere bei Agrarrohstoffen und Energie. Die Verfügbarkeit von Rohstoffen sowie deren stark schwankende Preise beschäftigen die Unternehmen.

Eine spürbare Steigerung des privaten Konsums am heimischen Lebensmittelmarkt wird im laufenden Jahr nicht erwartet. Daher ist mit weiterhin schwierigen Rahmenbedingungen im Inland zu rechnen, aber auch auf vielen Exportmärkten. Die Unternehmen versuchen den schwierigen Bedingungen mit der Entwicklung neuer und innovativer Produkte und Verfahren sowie einer intensiven Marktbearbeitung und der Erschließung neuer Märkte zu begegnen.

Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie

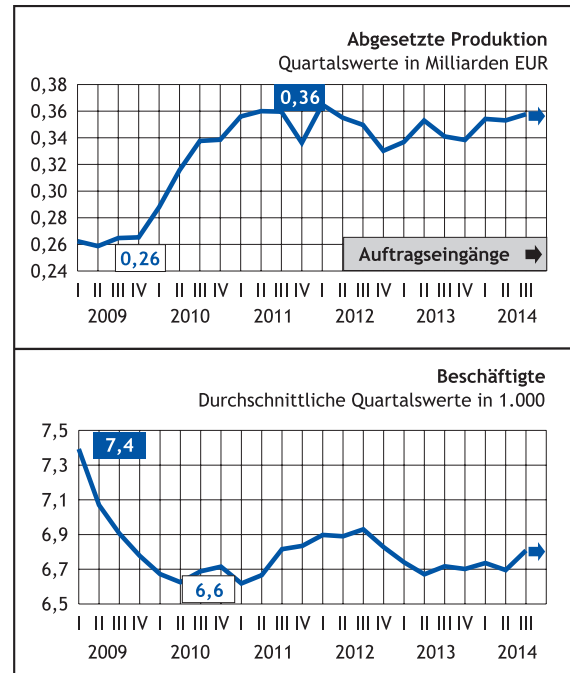


Laut Konjunkturbericht des Wifo schätzen die befragten Unternehmen der **Textilindustrie**, dass die Auftragsbestände zu klein, die Geschäftslage für eigene Produkte aber befriedigend ist. Die Produktion sowie die Geschäftslage werden in den nächsten drei bis vier Monaten gleich bleiben. Die allgemeine Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung in Europa ist groß. Der schwache Euro unterstützt die Exporte bzw. macht die Importware aus Asien teurer. In den ersten neun Monaten des Jahres 2014 sind die Exporte der Branche um 5,2 % angewachsen, jene nach Europa um 4,1 %.

Die Auftragseingänge in der **Bekleidungsindustrie** für die kommende Herbst-/Wintersaison dürften das gute Vorjahresniveau - hauptsächlich aufgrund der anhaltenden Rubelschwäche - nicht ganz erreichen, wobei im Euroraum ein geringer Aufwärtstrend zu verzeichnen ist. Die Betriebe melden für die Produktion geringe Veränderungen gegenüber dem Vorjahresquartal. Der Beschäftigtenstand im Inland hat sich im Jahr 2014 um rund zehn Prozent verringert; da die Redimensionierungsmaßnahmen einzelner Unternehmen abgeschlossen sind, wird für das laufende Jahr eine Konsolidierung auf diesen Niveau erwartet.

Für die **Schuh- und Lederwarenindustrie** wird das Marktumfeld zunehmend schwieriger, die Auftragseingänge sind (vor allem aus Russland und der Ukraine) stark rückläufig. Das Investitionsklima ist von einer abwartenden Haltung geprägt, Investitionen finden eher in ausländischen Produktionsstätten statt.

Gießereiindustrie



Wie in der Vergangenheit festgestellt, ist der grundlegende Trend in der Gießereiindustrie in Österreich differenziert zu betrachten, wobei die durchschnittliche Entwicklung der Branche gleichbleibend ist.

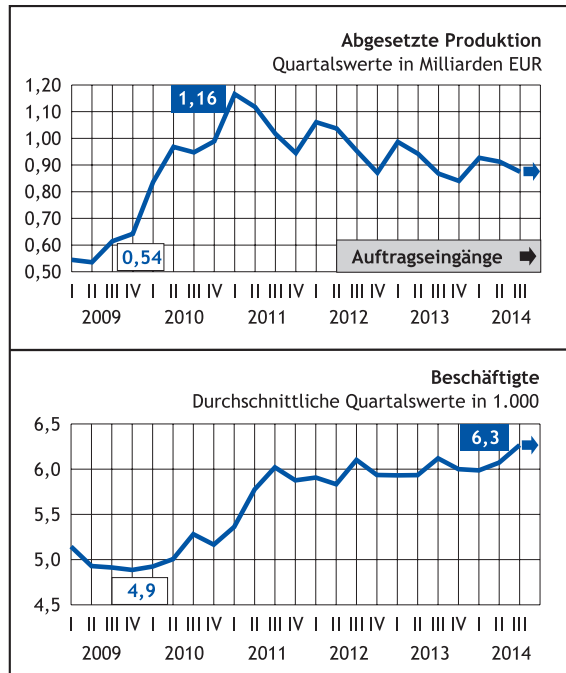
Zulieferungen in den **Automobilbereich** sind sowohl hinsichtlich Auftragseingang als auch hinsichtlich Produktion positiv zu beurteilen. Speziell neue Produktgruppen und Modellserien können hier positiv hervorstechen. Es kommen neue Technologien zum Einsatz, so dass hier die Entwicklung als gut einzustufen ist.

Andererseits sind die gesamten Segmente im **Energiebereich, Maschinenbau und Baustoffwesen** eher negativ zu beurteilen. In diesen Bereichen sind der Auftragseingang und die Produktion negativ beziehungsweise als problematisch anzusehen.

In Summe ist somit eine ausgewogene Seitwärtsbewegung festzustellen, mit den beiden beschriebenen, differenzierten Schwerpunktbereichen, die sich unterschiedlich und gleichbleibend entwickeln.

Generell zeigt sich bei der **Beschäftigten**situation ein leichter Trend zur Zunahme.

NE-Metallindustrie

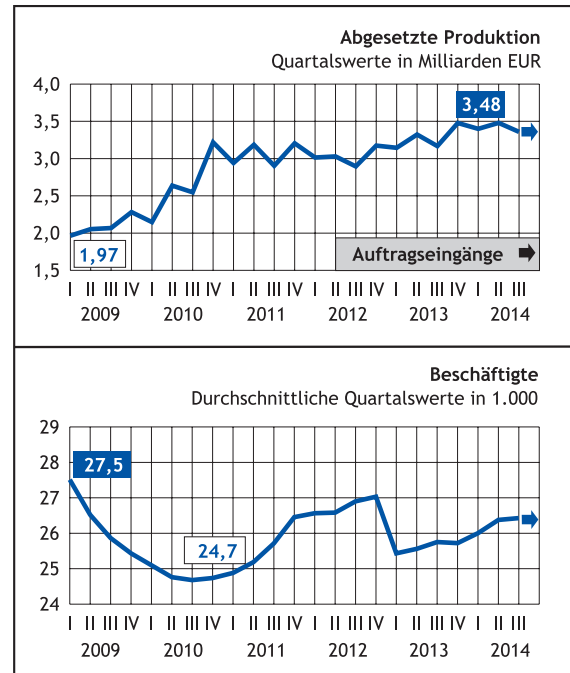


Die österreichische NE-Metallindustrie registriert im ersten Quartal 2015 leichte Anzeichen einer Erholung, von einem Konjunkturaufschwung ist man jedoch noch weit entfernt. Die Rohstoffpreisnotierungen an der London Metal Exchange (LME) zeigten - nach einem Tiefstand im Jänner 2015 - zuletzt wieder leichte Aufwärtstendenzen. Auch auf dem heimischen Markt stabilisierte sich der österreichische Großhandelspreisindex und weist seit Jahresbeginn eine steigende Tendenz auf.

Die **Aluminiumindustrie** wird bei Walzprodukten etwa das Niveau des Vorjahresquartals erreichen. Bei Extruderprodukten sind bei Auftragseingang und Produktion leichte Steigerungen zu beobachten. Allerdings bleiben diese - vor allem bei den Exporten - auf Grund der wirtschaftlichen und politischen Unsicherheiten weit hinter den Erwartungen zurück. Die Stagnation bei den wichtigsten Absatzsegmenten - Fahrzeuge, Bauindustrie und Energie - führt zu Überkapazitäten und entsprechendem Preisdruck. Keine Veränderungen gegenüber dem Vorjahresquartal meldet die österreichische **Kupferindustrie** bei der Produktion von Kupferformaten aus Kupferkathoden. Bei Kupferhalbfabrikaten (copper semis) stabilisieren sich Auftragseingang und Produktion auf niedrigem Niveau. Zudem geht der Trend verstärkt zu Erzeugnissen aus Kupferlegierungen. Bei Erzeugnissen aus **Wolfram** liegen Nachfrage und Produktion auf unverändertem Niveau im Vergleich zum Vorjahresquartal.

Investitionen werden nur in geringem Ausmaß getätigt. Die Zahl der Beschäftigten ist unverändert.

Fahrzeugindustrie

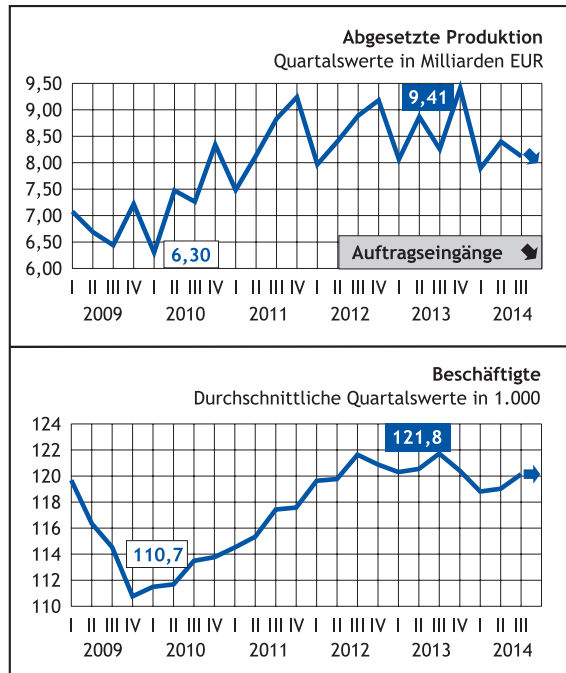


Für die Fahrzeugindustrie Österreichs zeigen die vorliegenden Konjunkturdaten für den Zeitraum Jänner bis Oktober 2014 ein wertmäßiges **Produktion**wachstum in Höhe von 5,6% zum vergleichbaren Vorjahreszeitraum, für das Gesamtjahr 2014 wird ein nominelles Wachstum von rund vier Prozent erwartet. Einzelne Unternehmen, u. a. aus dem Segment Motoren & Getriebe und aus dem Bereich Motorrad, melden höhere Zuwächse. Die primäre Produktionsbehinderung ist - laut WIFO Konjunkturtest - für mehr als 20% der Unternehmen eine unzureichende Nachfrage. Dieser Prozentsatz ist bei der im Jänner 2015 durchgeführten Konjunkturumfrage leicht rückläufig. Auch bei den **Auftragseingängen** zeigt sich ein leichter Aufwärtstrend. Nennenswerte Produktionsvolumensteigerungen sind im ersten Quartal 2015 jedoch nicht zu erwarten.

Immer wieder werden in der Fahrzeugindustrie tätige Unternehmen - bedingt durch Typenumstellung, Auslauf bestehender Aufträge, konjunkturelle Schwankungen - mit Konsolidierungsphasen konfrontiert, die für einen begrenzten Zeitraum ein reduziertes Produktionsvolumen zur Folge haben können. Aktuell ist der landwirtschaftliche Bereich von einer seit Herbst 2014 schwachen Auftragslage betroffen; auch Kurzarbeit ist hier ein Thema.

Der Zuwachs beim **Investitionsvolumen** entspricht derzeit mit 1,5% in etwa der Inflationsrate. Die getätigten Investitionen dienen vorwiegend der Effizienz- und Flexibilitätssteigerung. Für das erste Quartal 2015 werden keine wesentlichen Änderungen beim **Personalstand** erwartet.

Maschinen & Metallwaren



Die Unternehmen berichten aktuell von fallender **Produktion** im ersten Quartal 2015, nachdem das letzte Jahr schon durch negatives Wachstum geprägt war. Dazu passt auch die schwache **Auftragslage**, die speziell die Metallwarenindustrie betrifft. Die Maschinenbauer haben das Tief aus der zweiten Jahreshälfte 2014 schon hinter sich: Die Auftragslage ist zwar auch nicht erfreulich, sie nähert sich aber schön langsam wieder Normalniveau an.

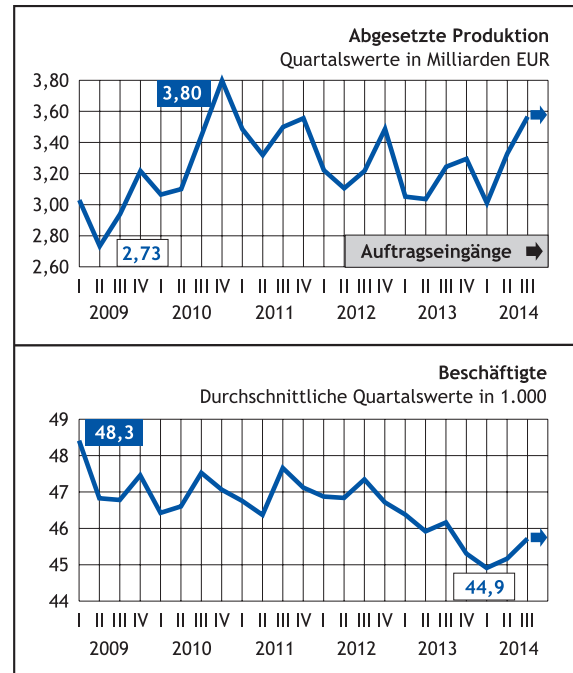
Die Aussichten gehen in der Maschinen- und Metallwarenindustrie momentan in Richtung Stagnation auf dem jetzigen Niveau, die Talfahrt sollte vorläufig gestoppt sein. Für einen Aufschwung fehlt gegenwärtig aber noch die entsprechende Nachfrage.

Die **Exportentwicklung** ist etwas erfreulicher als die Produktionsentwicklung, die Auslandsnachfrage stabilisiert also die Branche. Treiber in diesem Zusammenhang sind vor allem die USA. Ein großes Fragezeichen steht hinter dem wichtigen russischen Markt.

Die sinkenden Metallpreise helfen den Metallverarbeitern momentan auf der **Kosten**seite, nach wie vor herrscht aber große Unsicherheit bezüglich der längerfristigen Entwicklung. Folglich bleiben die **Investitionen** nach wie vor auf bescheidenem Level.

Der Abwärtstrend beim **Beschäftigtenstand** ist gestoppt, für das Jahr 2015 ist mit einer gleichbleibenden Beschäftigtenentwicklung zu rechnen.

Elektro- und Elektronikindustrie



Die schwache konjunkturelle Entwicklung der Weltwirtschaft und die Stagnation der Wirtschaftslage im EU-Raum haben auch die Entwicklung der österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie geprägt. Die **Produktion** ist im ersten Quartal 2015 gegenüber der rückläufigen Entwicklung im Vorjahresquartal gestiegen und liegt auf hohem Niveau. Nach dem Rückgang im ersten Quartal 2014 führten leicht wachsende **Auftragseingänge** zumindest in einigen Sparten der Elektro- und Elektronikindustrie zu einer positiven Produktionsentwicklung.

Etwas verbessert hat sich die Situation am Inlandsmarkt, obwohl die Nachfrage weiterhin verhalten ist und unter den Erwartungen liegt. Durch die leichte konjunkturelle Aufhellung auf den Weltmärkten war auch die Nachfrage nach Elektrotechnik- und Elektronikprodukten etwas besser, wobei die Stagnation im EU-Raum jedoch weitgehend anhält.

Die Kapazitätsauslastung in den Firmen ist hoch, das von den Firmen der Elektro- und Elektronikindustrie eingesetzte Fremdpersonal liegt auf hohem Niveau. Die Zahl der in der Elektro- und Elektronikindustrie **Beschäftigten** gegenüber dem Vorjahresquartal konnte in den meisten Unternehmen gehalten werden.

Aufgrund der prognostizierten, leichten Erholung der Weltwirtschaft wird die Konjunktorentwicklung der österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie im ersten Halbjahr 2015 insgesamt als positiv eingeschätzt.

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien

Telefon: 05 90 900 DW 3417

Telefax: 05 90 900 DW 113417

Internet: <http://wko.at/industrie>

E-Mail: bsi@wko.at

Dr. Manfred Engelmann

(DW 3422)

Spartengeschäftsführung, Strategieentwicklung, Koordination der Interessenvertretung Industrie, Industriepolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Grundsätzliche Fragen der Arbeitgeber- und Kollektivvertragspolitik
Arbeitsrechtliche Grundsatzfragen
Betreuung: Fachverbände des Eisen/Metallsektors



Mag. Andreas Mörk

(DW 3436)

Arbeitgeberpolitik, Arbeitsrechtliche Grundsatzfragen, Kollektivvertragspolitik, Arbeitsrecht der Industrie, Arbeitsverfassung, Arbeitsvertrags-, Arbeitszeit- und Urlaubsrecht

KV-Betreuung: Chemie, Glas, Papier, FEEL, Fachverbände des Eisen/Metallsektors



Dr. Christoph Kainz

(DW 3415)

Arbeitsmarkt, Behindertenrecht, ArbeitnehmerInnenschutz, Gleichbehandlung, Ausländerrecht, KV-Betreuung: Bekleidung, Leder



Mag. Harald Stelzer

(DW 3443)

Arbeitsrecht der Industrie, Sozialversicherung, KV-Betreuung: Bau, Holz, Stein/Keramik, Mineralöl, Film, Textil



Dr. Reinhard Drössler

(DW 3429)

Arbeitsrecht der Industrie, Sozialversicherung, Inländischer Arbeitsmarkt, KV-Betreuung: Nahrungs- und Genussmittel, PPV, Fachverbände des Eisen/Metallsektors



Ing. Johann Markl

(DW 3414)

ArbeitnehmerInnenschutz, Arbeitsgestaltung, Betreuung aller Fachverbände in technischen Belangen der Berufsausbildung, Industrielehre



Mag. Michael Renelt

(DW 3460)

Wirtschaftspolitik, Forschungs- und Technologiepolitik, Industriekonjunktur, Industriestatistik, Exportpreis



Mag. André Buchegger

(DW 3423)

Energie- und Klimapolitik, Umweltverträglichkeitsprüfung UVP, Umweltförderungen



Mag. Richard Guhls

(DW 3435)

Allgemeine Umweltpolitik, Wasser, Luftqualität, Chemie, Lärm, Rohstoffe und Ressourceneffizienz, Biodiversität, Naturschutz, Nachhaltigkeit



Mag. Andrea Bärenthaler

(DW 3403)

Abfall, Abfallwirtschaft, Änderungen im Betriebsanlagenrecht, Anlagenrecht allgemein, Boden, Bodenschutz, Umweltmanagementsysteme



Mag. Hagen Pleile

(DW 3214)

Recht und Infrastruktur, Wettbewerbsrecht, Verkehrspolitik, Gewerberecht, allg. Rechtsfragen, Nomenwesen, Vergaberecht, Arge Palettenpreis

